

Gabriele Böhm: Die Entwicklung gesellschaftskritischer Positionen
in der katholischen Studentenbewegung der BRD – 1

Erarbeitet in der Forschungsgruppe „Wissenschaftlicher Atheismus“ am Institut Marxismus-Leninismus für Seefahrt Warnemünde-Wustrow von Dr. Gabriele Böhm

Einsatz: Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium an Universitäten und Hochschulen der DDR – für Lehrkräfte und Forschungsmitarbeiter auf dem Gebiet des Wissenschaftlichen Atheismus

[1]

Wissenschaftlicher Atheismus

[Forschungsbericht] 29

Die Entwicklung gesellschaftskritischer Positionen in der katholischen Studentenbewegung der BRD

von Gabriele Böhm

Rostock-Warnemünde 1984

[2] WISSENSCHAFTLICHER ATHEISMUS

In dieser Reihe erscheinen Materialien für Lehrkräfte und Forschungsmitarbeiter auf dem Gebiet des Wissenschaftlichen Atheismus. Sie dienen der Information.

Herausgeber: Prof. Dr. habil. O. Klohr
Ingenieurschule für Seefahrt
Warnemünde/Wustrow

Prof. Dr. sc. H. Lutter
Pädagogische Hochschule „Liselotte Herrmann“
Gustrow

Redaktion: Dr. Wolfgang Kaul
Ingenieurhochschule für Seefahrt
Warnemünde/Wustrow

Zuschriften und Anfragen an:

Prof. Dr. habil. O. Klohr
Ingenieurschule für Seefahrt
Warnemünde/Wustrow
2530 Rostock-Warnemünde
Richard-Wagner-Straße
FF 11

Als Manuskript gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

[3]

Einleitung 3

1. Gesellschaftskritische Tendenzen in der politischen Tätigkeit der katholischen
Studentengemeinden in der BRD 4

2. Der Konflikt zwischen den konservativen katholischen Kirchenleitungen und den
Studentengemeinden (KDSE) 11

Die politische Tätigkeit der AGG als Nachfolgeorganisation der KDSE 17

3. Das Eintreten der katholischen Studentengemeinden für Frieden und gesellschaftlichen
Fortschritt zu Beginn der 80er Jahre 20

3.1. Friedensarbeit und Kampf um Abrüstung 20

„Sicherheitsängste und Antikommunismus“ 22

„Rüstung und Unterentwicklung oder die Befriedigung der Armut“ 23

Zur politischen Ökonomie des Rüstungsunfriedens oder „Die Erhaltung des Friedens
erfordert rasches Handeln, sagen die Waffenhändler“ (W. Waidner) 24

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 24

Frieden und Abrüstung als Problem von Theologie und Kirche 26

3.2. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Solidarität der AGG mit den Ländern der
nationalen Befreiungsbewegung 27

Südafrika 28

Lateinamerika 30

3.3. Der Einsatz der katholischen Studentengemeinden für die Einhaltung der politischen
Grundrechte in der BRD 32

4. Der Konflikt ohne Ende die Studentengemeinden und die Kirchenleitungen 35

[4]

Einleitung

In den 70er und 80er Jahren wurden in aller Welt zunehmend Maße Gläubige, religiöse Organisationen in den Kampf um die Erhaltung des Friedens und für sozialen Fortschritt einbezogen.

In Lateinamerika entstanden die katholischen Basisgemeinden und die Theologie der Befreiung, in Nicaragua treten katholische Priester als Minister in die Regierung ein. Vor allem aber entstand seit 1979 eine breite Strömung religiöser Friedenskräfte, an der Buddhisten, Muslime und in besonderem Maße Christen in Europa, Amerika und Asien teilhaben. Der Papst als Oberhaupt der katholischen Weltkirche und der Weltkirchenrat haben mehrfach ihre Stimme für Frieden und Abrüstung erhoben. In den sozialistischen Ländern treten zahlreiche Kirchen aktiv für die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten ein.

Auch in der BRD (wie in vielen Ländern Westeuropas) haben sich innerhalb und außerhalb der evangelischen und katholischen Kirche Kräfte organisiert, die einen erheblichen Anteil an der neuen Friedensbewegung haben, die sich aber auch für soziale Probleme engagieren und aktiv Solidarität mit den armen Volksmassen in der sogenannten 3. Welt üben.

Diese religiösen Kräfte hoben seit dem NATO-Raketenbeschluß von 1979 einen starken Aufschwung erlebt.

Eine aktive Rolle spielen dabei die Studenten. In der vorliegenden Darstellung soll deutlich gemacht werden, wie sich die katholischen Studenten, ihre Hochschulgemeinden und ihre überregionalen Zusammenschlüsse in diese Bewegung eingegliedert haben und welche politischen Positionen sie heute vertreten.

Die katholischen Studentenvereinigungen waren traditionell auf dem konservativen Flügel der Politik zu finden. KV und CV verkörperten reaktionäre politische Standpunkte. Da ist bis heute weitgehend so geblieben. Nach dem 2. Weltkrieg entstanden an den Universitäten und Hochschulen daneben katholische Studentengemeinden, die über lange Zeit ebenfalls konservativ und zumeist rein kirchlich geprägt waren.

[5] Die nachfolgende Studie zeigt, wie sich inhaltlich und quantitativ tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben. Die konservativen katholischen Studentenverbände (KV, CV u. a.) verloren ihr Gewicht unter der Studentenschaft gegenüber den Studentengemeinden. In den Studentengemeinden vollzog sich nach dem II. Vatikanischen Konzil besonders seit dem Ende der 60er Jahre ein Wandel in der politischen Haltung. Beginnend mit kirchenkritischen Positionen nahm das progressive politische Engagement zu. Unter dem Eindruck der Studentenbewegung, der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Wirtschaftskrise in der BRD, der wachsenden Probleme in den jungen Nationalstaaten und besonders dem friedensbedrohenden Kurs der NATO-Staaten auf Aufrüstung und atomare Kriegsführung entwickelten sich gesellschaftskritische und oppositionelle Standpunkte unter den katholischen Studenten. Der Einfluß von marxistischen Ideen war dabei unverkennbar. Die Autorin zeigt, daß eine solche Entwicklung zwangsläufig zu Konflikten mit den katholischen Bischöfen, die nach wie vor in ihrer Mehrheit politisch konservativ denken, führen mußte.

Die katholische Studentenbewegung wurde ein Teil der Friedensbewegung und der demokratischen Opposition in der BRD. Das eröffnet auch neue Perspektiven in der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, auch mit Kommunisten. Die vorliegende Studie versucht, die politische Entwicklung in diesem Bereich des Katholizismus in der BRD in einem Zeitraum von rund 20 Jahren deutlich zu machen und wirft damit Probleme der Bündnispolitik und der Friedensbewegung auf, die von großer Aktualität sind.

O. Klohr [6]

1. Gesellschaftskritische Tendenzen in der politischen Tätigkeit der katholischen Studentengemeinden in der BRD

Die sich in den katholischen Studentengemeinden entwickelnde progressiv orientierte katholische Intelligenz nimmt in verschiedenster Weise und auf verschiedensten kirchlichen und gesellschaftlichen Ebenen Einfluß auf „linke“ Tendenzen der demokratischen Opposition im Katholizismus der BRD, ihre Publizistik, verschiedenen Gruppierungen, bis hin zu den Verbandsleitungen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die sich nicht selten aus ehemaligen Mitgliedern katholischer Studentengemeinden zusammensetzen. Aus ihrer zukünftigen Stellung (Hochschulabsolventen, Klerus u. a.) ergibt sich, daß kritische katholische Intellektuelle als Multiplikatoren progressiven Denkens wirken können. Gerade das macht linke katholische Studenten „gefährlich“ für Kirche und Staat.

Die nachfolgende Arbeit hat die Ausprägung politischer Haltungen zum Inhalt, die sich in den Studentengemeinden und ihrem überregionalen Zusammenschluß der Katholischen Deutschen Studenten Einigung (KDSE) vollzog.

Als wesentliche kirchen- und gesellschaftspolitische Zäsuren, die unmittelbaren Einfluß auf die politischen Wandlungen der katholischen Studentengemeinden nahmen, müssen das II. Vatikanische Konzil (1962-1965) und die Studentenbewegung in Westeuropa Ende der sechziger Jahre angesehen werden, die sich auf dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dem Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses vollzogen. Zunächst war es die innerkatholische Euphorie ob der Neuorientierung und der Möglichkeiten, die das Konzil verhieß¹, die [7] seit Mitte der sechziger Jahre auch die Studentengemeinden (STG) erfaßte. Das bewirkte den Versuch, das „christkatholische Ghetto“ zu durchbrechen und biblischen Prämissen gemäß zu einer „urchristlichen Gemeinde“ fortzuschreiten, den Versuch zu unternehmen, die Kirche unter dem Blickwinkel bürgerlichen Demokratieverständnisses zu erneuern.

In den Jahren 1965 bis 1968 ging es den Studentengemeinden um die Reform ihrer Gemeindestrukturen und die Demokratisierung kirchlichen Lebens, d. h. um innerkirchliche Organisationsstrukturen, die entgegen der traditionellen Bevormundung durch die Kirchenleitungen eigenverantwortliches Handeln ermöglichen sollten. Bei den langwierigen Satzungsdiskussionen standen folgende Punkte im Vordergrund: Einführung der Gemeindevollversammlung als oberstes, beschlußfassendes Organ, Neustrukturierung der Gemeindeleitung, Durchsetzung des Prinzips der Freiwilligkeitsgemeinde, Neubestimmung des Status der katholischen Verbindungen (Verlust ihrer satzungsmäßigen Repräsentanz auf Grund ihrer Inaktivität).² Die Forderung nach Demokratisierung der katholischen Kirche mußte die überkommene hierarchische Struktur in Frage stellen. Der angestrebte innerkirchliche Dialog konnte jedoch nur zaghafte Ansätze einer Lockerung hierarchischer Strukturen erbringen. Nicht Demokratisierung im bürgerlichen Sinne, sondern eine gewisse Anpassung zwecks Stabilisierung des Katholizismus in seiner tiefsten Krise konnte erfolgen. Schon in der Phase der Satzungsdiskussionen seit Mitte der sechziger Jahre in den Mitgliedsgemeinden der KDSE, die ihnen zunächst einen realen größeren Handlungsspielraum und auch politisches Selbstvertrauen brachten, machten sich deshalb die Grenzen amtskirchlicher Toleranz bemerkbar. Wollten die

¹ Prägende Elemente dieses „Aufbruchs“ im Konzil waren das verstärkte Bemühen um eine zeitgemäße Glaubensauslegung, um eine stärkere Aufwertung der Laien in der Kirche (Einrichtung von Gemeinde- und Diözesanräten), die Einberufung einer Synode (aus Klerus und Laien), sowie eine in Gang gekommene Diskussion um Demokratisierung in der Kirche.

² Die katholischen Studentenverbindungen (CV, KV u. a.) schlossen sich 1968 zur Arbeitsgemeinschaft der Verbände (AGV) zusammen. Bis in die Gegenwart stellen sie ein Reservoir des Konservatismus in Kirche und Staat dar.

Gemeinden ihr Gemeindebewußtsein politisch verbindlich transformieren, waren sie amtskirchlichen Angriffen ausgesetzt: [8] In Tübingen organisierte z. B. die „Rothenfelser Hochschulgruppe“ Ende der 60er Jahre einen Arbeitskreis für Strukturfragen. Nachdem als Ergebnis einer langwierigen Diskussion mit dem traditionsverhafteten Teil der Gemeinde, dem Studentenpfarrer, Assistenten und Professoren die bisher bestehende Struktur der Gemeinde infragegestellt und den traditionellen katholischen Gruppen (Verbindungen, Theologen das Primat streitig gemacht wurde, schalteten sich Prof. Joseph Ratzinger (der später. Kardinal von München und heute im Vatikan) und andere Vertreter der Kirche ein. Sie setzten dem neuen Entwurf der Satzung der STG den ihrigen gegenüber, in dem die Enthaltung von konkreten Direktiven und von direkter politischer Einflußnahme auf die Gemeindemitglieder gefordert wurde.

Von Studenten des Westberliner „Demokratisch-Katholischen Arbeitskreises kam es zu einem Disput mit Kardinal Bengsch über das Modell einer demokratisch strukturierten Gemeinde. Zu diesem Modell gehörten: Synodale Entscheidungs- und Verwaltungsstruktur, Mitbestimmungsrecht der Gemeinde bei der Wahl des Pfarrers usw. Die Gegenreaktion war die Aufforderung des Generalvikars, „in den Konzilsakten nach der Rechtfertigung solcher demokratischer Vorfahren (Bestätigung des von der Gemeinde gewählten Pfarrers) und nach der theologischen Legitimation zu suchen“.

Deutlich wurde, „Demokratisierung“ der Kirche war nur soweit genehm, soweit sie sich nicht gegen die hierarchische Gliederung kirchlicher Macht, ihre Institutionen richtete und politisch relevant wurde.

Die Frage nach der Stellung des katholischen Glaubens zur Wissenschaft war ein weiterer Anstoß, der zu einer kritischen politischen Haltung der katholischen Studenten beitrug.

Bereits seit Ende der fünfziger Jahre entwickelte sich eine zunehmende katholische Opposition, die für die konsequentere Anerkennung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse plädierte. Die Kräfte erhielten mit der Veröffentlichung der Schriften des Jesuitenpaters und Naturwissenschaftlers Pierre Teilhard de Chardin nach dessen Tod 1955 großen Aufschwung. Teilhard de [9] Chardin durchbrach die traditionelle Haltung der katholischen Kirche zur Entwicklungslehre und wies die thomistische Auffassung von der Entwicklung der Welt, in der die einzelnen „Seinsstufen“ als „Schöpfungsstufen“ aufgefaßt werden, eindeutig zurück.

Sein evolutionäres Weltbild stellt einen neuen Denkansatz innerhalb katholischen Denkens dar.

Letztendlich stand die Forderung an die katholische Glaubenslehre nach voller Anerkennung der Wissenschaften, damit auch der Gesellschaftswissenschaften. Das bedeutete eine Herausdrängung des Glaubens aus der Wissenschaft in die Sphäre des subjektiven Erlebens. Schließlich beinhaltet die damit verbundene Haltung auch die Bereitschaft zur Verständigung, zum Dialog mit Andersdenkenden, auch mit Marxisten.

Diese Entwicklungstendenz findet sich auch in der Seminararbeit der katholischen Studentengemeinden wieder (z. B. in der KSG Detmold im Wintersemester (WS) 1967/68: Vom Sinn der Technik; KSG Bonn WS 1968/69: Aspekte der Kybernetik). Es kam zur Bildung eines evangelisch-katholischen Arbeitskreises, der sich im Sommersemester 1965 unter dem übergreifenden Thema: Auf der Suche nach einem neuen Weltbild – der Entwurf Teilhard de Chardins mit Fragen wie: Die Möglichkeiten des Dialogs innerhalb der Naturwissenschaften, und: Die Möglichkeiten eines Dialogs innerhalb der Geisteswissenschaften beschäftigte.

Obwohl Hans Werners, bis 1968 Studentenpfarrer in Münster, noch betonte: „Und so kann man auch von den Studentengemeinden nichts Wichtigeres sagen, als daß sie Eucharistie

begeht und daß dem Gottesdienst nichts vorgezogen werden darf“,³ entlarvte die kirchliche Realität solche Theologie als Zweckoptimismus. Die Zahl der engagierten Gottesdienstbesucher schwand rapide. Selbst Reformgottesdienste wie im Wintersemester 1966/67 in Bochum interessierten nicht mehr als 2-3% aller katholischen Studenten. Und Onna/Stankowski schrieben: „Die Eucharistie als Mittelpunkt der Gemeinde gleicht 968 in ihrer [10] sakralen Vorstellungs- und Sprechwelt ... immer mehr einem narzistischen Gemeinderitual ... und daß um so deutlicher, je mehr sie in eine krampfhaftige Brüderlichkeitsatmosphäre umstilisiert wird ... Studentengemeinden haben sich zwar mit einem modischen ökumenischen und biblischen Appeal versehen, haben Glauben und Moral angesichts einer als bedrohlich empfundenen Säkularisierung aller Lebensbereiche neu zu formulieren versucht, aber ihre „Heilsökonomie“ blieb introvertiert.“⁴

Innerkirchliche Konflikte, wie die zutiefst inhumane Mischehenpraxis, die inquisitorische Vorgehensweise der Amtskirche gegen unbequeme Pfarrer und Laien sowie die Stellung der Kirche im Streit um die Einführung der Gemeinschaftsschule u. a. Probleme, bereits von kritischen Katholiken diskutiert, wurden noch überspielt und gelangten erst später in des Bewußtsein der Studentengemeinden. Wohl betrieb man Bibelkritik, ohne sie jedoch in Ideologiekritik umsetzen zu können (z. B. KSG Göttingen am 15.2.1968: Das Problem des historischen Jesus; KSG Regensburg am 14.12.1967: Das Buch Hiob als dichterisches Werk der Weltliteratur). Studentische Arbeitskreise äußerten sich zwar zu aktuellen Fragen der christlichen Ethik und Moral, Probleme der politischen Moral standen noch nicht auf der Tagesordnung.

Jedoch mit dem tiefen sozialen und politischen Einschnitt Ende der sechziger Jahre vollzogen auch die katholischen Jugendverbände, die Studentengemeinden bedeutend intensiver den Eintritt in eine sich anbahnende neue (bürgerliche) Bewegung mit umfassender *politischer* Perspektive.

Die weitere Entwicklung der katholischen Studentengemeinden ist nicht ohne Betrachtung der Konflikte und Tendenzen in ihrem unmittelbaren Umfeld den Hochschulen und Universitäten zu verstehen.

Sie fanden sich hineingestellt in den Kampf der studentischen Jugend gegen verfestigte Strukturen des kapitalistischen Bildungssystems, gegen Bildungsnotstand, in den Aufbruch einer [11] ganzen jungen Generation. Diese Studentenbewegung, Produkt der Krise Mitte der sechziger Jahre und mit wesentlichen Impulsen aus der Antikriegsbewegung (Vietnam), war eine Bewegung, die auf Grund der Zuspitzung der allgemeinen Krise des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu einer relativen Breite gelangte. Bereits hier wurde sichtbar, daß es nicht mehr um die Interessen einer Schicht von Intellektuellen, sondern um grundlegende systemimmanente gesellschaftliche Konflikte ging, wenn auch subjektive Reifegrad dieser mehrheitlich bürgerlichen/kleinbürgerlichen Bewegung insgesamt diese politischen Einsichten noch nicht in tiefgründiger Weise ermöglichte.

Die Auseinandersetzungen und Konflikte Ende der sechziger Jahre förderten den Erkenntnisprozeß über die komplexen, sozial und national übergreifenden Zusammenhänge imperialistischer Politik. Von hier aus erfuhr die bürgerliche demokratische Bewegung einen qualitativen Wandel in Theorie und Aktion, der sie zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kraft werden ließ.

Ausgehend von der Freien Universität Berlin (West) griff die Studentenbewegung nach dem Tod Benno Ohnesorgs auf der Anti-Schah-Demonstration am 2. Juli 1967 auf die Hochschu-

³ Zitiert nach Onna/Stankowski, Kritischer Katholizismus. Argumente gegen die Kirchengesellschaft, Frankfurt/M., 1969, S. 74.

⁴ Ebenda, S. 75.

len der BRD über. Bis zu diesem Zeitpunkt spielten Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam eine gewichtige Rolle für die Politisierung des Bewußtseins der Studenten. (Die KDSE und die ESG – Evangelische Studentengemeinden – verabschiedeten auf einem gemeinsamen Seminar 50 Thesen gegen den Krieg in Vietnam. Aus dem Demokratisch-katholischen Arbeitskreis in Westberlin beteiligten sich Mitglieder an der Vietnam-Demonstration im Oktober 1967.) Zunächst standen jedoch die Konflikte innerhalb der Universitäten im Vordergrund, die Kritik an Inhalten, Methoden und der hierarchischen Struktur der Hochschulen und des Lern- und Lehrbetriebes. Diese studentische Kritik war verbunden mit dem Interesse, die Möglichkeiten und Bedingungen der eigenen Ausbildung in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Zu-[12]sammenhängen und deren Veränderung zu reflektieren, damit diesen Zusammenhang einer gesellschaftspolitischen Kritik zu unterziehen.

Das waren z. B. solche Probleme wie das Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungspolitik, Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis, Studienreform als politische Bildung u. a. Damit vollzog sich die Hinwendung von der Kritik der Hochschule zur Kritik der Gesellschaft. Änderungen im Hochschulbereich wurden nur durch radikale Gesellschaftskritik (Kapitalismuskritik) als möglich gesehen. Deshalb war der Grundtenor der theoretischen Auseinandersetzung auch die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative.

Die katholischen Studenten waren von dem Konfliktfeld Hochschulpolitik stark betroffen. Rasch erfolgte ein Prozeß der Demokratisierung nach außen, d. h. in den Studentengemeinden begann eine kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Umwelt. Sie bekannten sich als katholische Gemeinde zu *politischer* Verantwortung, was durchaus *neu* war.

Wie sich das konkret vollzog, soll am Beispiel der STG Bonn und Bochum dargestellt werden:

Auf einer Sitzung des Mitarbeiterkreises (Pfarrer, Sprecher, Gemeindemitglieder) am 20.6.1966 wurde von einem KDSE-Vertreter ein Referat über das hochschulpolitische Engagement der KSG gehalten. Im Mittelpunkt stand das Problem, wie sich katholische STG zum Aufruf des VDS zur Beteiligung an den Demonstrationen gegen die Bildungsmisere verhalten sollten. Bisher hatte man Hochschulpolitik nur am Rande behandelt und sich vor allem sozialen Hilfeleistungen zugewandt. Die Entscheidung für hochschulpolitische Fragen wurde aber als richtungsweisend für die Zukunft angesehen.

Es ergab sich die Frage, wie in der Öffentlichkeit aufzutreten werden sollte. Die Struktur der STG sei nicht demokratisch und ihr Ziel nicht politisch. Aber ein Verzicht auf politische Betätigung bedeutet Verzicht auf politische Verantwortung ...⁵

[13] Im Juli 1967 hielt der Leiter des Amtes für Hochschulfragen der KDSE einen Vortrag Ober „Thesen zum hochschulpolitischen Auftrag der KHG“ (Katholische Hochschulgemeinden). Daraufhin wurde eine Sondersitzung zum Thema „Möglichkeit und Form eines Engagements in öffentlichen (politischen, hochschulpolitischen und kirchlichen) Fragen“ einberufen. Die Folge der Diskussion war eine Satzungsänderung, die zu einer höheren Entscheidungsfreiheit der katholischen Studenten innerhalb ihrer Gemeinde führte.

Im WS 1967/68 bildete sich ein politischer Arbeitskreis, in dessen Zielsetzung es hieß: „Der ‚Politische Aktionskreis‘ will in der KHG der Ort sein für politisches Handeln, Information und Kontakte zu anderen Gruppen.“⁶

⁵ Zitiert nach Ute Maul, Möglichkeiten, Grenzen und Wandel der Pastoral in Studentengemeinden, Bonn 1980, S. 62 f.

⁶ Zit. nach Ute Maul, a. a. O., S. 8.

Inhaltliche Probleme waren im Sommersemester 1968 die Notstandsgesetze sowie des Memorandum des Bensberger Kreises zu den deutsch-polnischen Beziehungen. Zu beiden Komplexen wurden öffentliche Veranstaltungen zur Aufklärung der Bevölkerung durchgeführt.

Ein weiteres Beispiel ist das „Modell Bochum“: Mitglieder des „Ostarbeitskreises“ (8 Studenten, davon 4 Theologen, 2 Psychologen, 1 Soziologe, 1 Wirtschaftswissenschaftler), die sich mit dem Thema „Christen und Kommunisten“ beschäftigten, übernahmen zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 die Leitung der ca. 300 Mitglieder umfassenden KHG. Sie fungierten als Team mit dem gleichberechtigten Pfarrer. Ihre organisatorische Arbeit setzte jedoch nicht im religiösen Bereich an, sondern an der gesellschaftlichen Basis. Sie konnten sich kein privates Heil vorstellen und proklamierten: „Die Botschaft Jesu, einstmals den Juden ein Ärgernis und den Heiden eine Torheit, verkündete nicht einen verinnerlichten Frieden und ein individualisiertes Heil, sondern meint primär das Heil der Vielen, des Bundes, der Gesellschaft.“⁷

[14] So lag das Team mehr an der Konstituierung eines sozialkritischen Arbeitskreises als an einem Informationsgespräch über Glaubensfragen, an einer Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer und einem Arbeitskreis über Militärseelsorge als an einem Gespräch über die moralische Erlaubtheit des Tötens, mehr an der Mitarbeit in den politischen Hochschulgruppen (und umgekehrt) und der Änderung des Wissenschaftsbetriebes als an Vorträgen über Naturwissenschaft und Glaube.

Sie verurteilten in Offenen Briefen die reaktionäre Konfessionsschulpolitik durch Strauß, die „Persienlobhudelei“ durch Heck, das Verbot einer Vietnam-Demonstration durch Frings u. a. Auch die traditionellen Formen christlicher Verkündigung wurden durch hochbrisante Themen zum „politischen Mahl“. Die Messe wurde mit einem bestimmten veröffentlichten politischen Thema gefeiert: Entfremdung des Industriearbeiters. Kommunistenverfolgung in der BRD, Revolution in Südamerika, Camillo Torres, öffentliche Buße u. a. Biblische wurden mit nichtbiblischen Texten (Wallraff, Marx, Torres) konfrontiert, die einen analogen Bezugspunkt aufwiesen.

In einer Aufklärungsaktion über den Krieg der USA in Vietnam vor den Bochumer Kirchen hieß es in Flugblättern: „Sie kommen aus der Kirche heute, wie an vielen vergangenen Sonntagen. Haben Sie in dieser Kirche etwas über den Vietnamkrieg gehört? Hat man Ihnen hier jemals mehr oder anderes gesagt, als daß Sie ganz gelegentlich für den Frieden in Vietnam beten müssen? Sie haben gebetet für verkrüppelte und verbrannte Kinder, für Väter und Mütter, die aus ihren Hütten vertrieben wurden, für gefoltete Gefangene, für gemordete Zivilisten, für gefallene Soldaten, für ein Volk, dessen Erde man verbrannte, dessen Behausungen man vernichtete, das man auszurotten im Begriffe steht. Haben Sie aber auch zur Genüge darüber nachgedacht, daß christliche Soldaten es sind, oder doch zumindestens sogenannte, die all dieses Unheil anrichten? Identifizieren Sie sich mit diesen Soldaten? Oder meinen Sie nicht doch, Sie müßten alles daran setzen, um diesen mordenden Christen in den Arm [15] zu fallen, ihrem Tun ein Ende zu machen?“⁸

⁷ Zit. nach Onna/Stankowski, a. a. O., S. 80. Vgl. auch: Kritischer Katholizismus, Zeitschrift für Theorie und Praxis in Gesellschaft und Kirche (früher Rothenfelser Hefte), Bochum (später Köln) Nr. 1/2 969, S. 9.

⁸ Zit. nach Hertel/Teiner, Im Prinzip schwarz. Der deutsche Katholizismus und die Politik. Hannover 1975, S. 110.

Der Erfolg der Bochumer STG war die Emanzipation der Beteiligten von genau dieser Gemeinde als Emanzipation von der gegenwärtigen Kirche und Theologie. Sie schlossen sich der Gruppe „Kritischer Katholizismus“ an.⁹

Der „Katholikentag der Rebellion“ 1968 in Essen war wesentlich aus dem Engagement katholischer Studentengemeinden mitgeprägt (Zentren waren die STG Bochum, Bonn, Westberlin, München, Münster).

Auch in der diakonischen Arbeit der STG gab es konzeptionelle Veränderungen. In den Projektgruppen setzte sich eine stärkere Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen und Ursachen für die [16] Lebenssituation von „Randgruppen“ durch (dazu zählen nach der bürgerlichen Terminologie ausländische Arbeiter, Kinder, Milieugeschädigte, Kranke und Behinderte bis hin zu Kriminellen, Süchtigen, „Aussteigern“). Der Sozialpolitische Arbeitskreis der STG Bonn konkretisierte im Sommersemester 1970 den neuen Ansatz: „In unserer theoretischen Arbeit sind wir zu der Erkenntnis gelangt, daß die bisherige Lernhilfe ein ideologisches Instrument der bestehenden Gesellschaftsordnung ist, da sie nicht über Möglichkeiten der Veränderung der Bedingungen, die das Eingreifen notwendig machen, verfügt ...¹⁰ Es genüge nicht, bestehende Mißstände anzuprangern und durch praktische Sozialarbeit zu lindern, sondern die Bedingungen müßten reflektiert werden, unter denen diese Mißstände entstehen. Erst dann könne es möglich sein, durch strukturelle Veränderungen die Ursachen zu beseitigen.“¹¹

Diese Phase der politischen Linksorientierung einer Reihe katholischer Studentengemeinden hatte auch starke Impulse für die Profilierung einer überregionalen Arbeit durch die KDSE. Ihre Arbeit bestand im wesentlichen in der Vorbereitung und Durchführung von Bildungsprojekten bzw. im Kontakt mit den Gemeinden.

Im Zeitraum 1968-1970 führte die KDSE u. a. z. B. Wochenseminare mit folgenden Themen durch:

- 1968 – Zwei Enzykliken. *Populorum progressio*, *Humanes vitae* – Bruch oder Kontinuität?
 - Hochschulpolitik
 - Schulsystem und Lehrerbildung in Ost und West
 - Sozialismus heute – ein Intensivkurs
 - Die Zukunft der Menschen christliche und marxistische Heilserwartung [17]
- 1969 – Was ist eigentlich Gewerkschaft?

⁹ Auf dem 82. Deutschen Katholikentag 1968 in Essen stellten sich erstmals kritische katholische Gruppen der Öffentlichkeit. Folgende Forderungen wurden von kirchenkritischen Kreisen erhoben:

Moderne Exegese und zeitgemäße Verkündigung, Aufhebung der kirchlichen Vorzensur, Reform der Mischehegesetzgebung, Angriff auf das „obrigkeits-staatliche“ Erbe in Kirche, Staat, Gesellschaft, Forderung nach einem Nationalkonzil, Revision der Enzyklika „*Humanes vitae*“.

Die Aktionseinheit „Kritischer Katholikentag“ löste sich danach zwar auf, blieb aber in Kontakt u. a. über ihr Organ „Kritischer Katholizismus“ (1968 - Dezember 1974). Zum Redaktionsteam gehörten u. a. Hermann Böckenförde, Hans Riemond, Ven v. Onna, Martin Stankowski, Joachim Stankowski, Werner Wirtz, Richard Faber, Klaus Kreppel u. a. Beteiligte Gruppen: Gruppe „Camillo Torres“, Münster; „Pax Christi“, Dortmund; „Arbeitskreis Gesellschaft Kirchen“, Mainz; „Politischer Arbeitskreis der KHG“, Bonn; Gruppe „Kritischer Katholizismus“, Schlüchtern; „Studentischer Arbeitskreis kritischer Katholizismus“, München; „Katholische Hochschulgemeinde“, Berlin (West); „Rothenfelder Kreis“, Schwäbisch Gmünd; „Gruppe 55“, Essen; Redaktion „Kritischer Katholizismus“ Bochum; „Fachschaft Katholische Theologie“, Münster, KHG Münster.

¹⁰ Bericht der Projektgruppe Lernhilfe für das Sommersemester 1970, in: Aktenordner „Gemeinde/Sozialarbeit“ 1966-1970. Zit. nach Ute Maul: Möglichkeiten, Grenzen und Wandel der Pastoral in Studentengemeinden, Bonn 1980, S. 80.

¹¹ Ebenda.

- Sozialistische Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspraxis (Modell: DDR, ČSSR, Jugoslawien)
- Entwicklungshilfeseminar
- 1970 – Die Gesellschaft von morgen – gemeinsamer Auftrag
von Christen und Marxisten?
 - Deutschland und Polen Leidensgeschichte einer Nachbarschaft
 - Die Gewerkschaften – Aufgabe, Struktur, Politik
 - Individuum und Gesellschaft marxistische und christlich. Theorie und Praxis

Allein diese Themenstellung zeigt, wie tiefgreifend der Wandel gegenüber den 50er und Anfang der 60er Jahre war, in denen religiöse Themen im Mittelpunkt standen.

Die studentische Protestbewegung gegen Bildungsnotstand und undemokratische Politik in Hochschule und Gesellschaft, gegen Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung, die Öffnung der katholischen Kirche nach dem II. Vatikanischen Konzil sowie eine neue Sicht auf das Verhältnis Theologie und Welt, von Kirche und Gesellschaft waren wohl die wichtigsten unmittelbaren Elemente für einen Entwicklungsprozeß in den katholischen Studentengemeinden in der BRD seit Mitte der sechziger Jahre. Der Prozeß der Demokratisierung nach innen (neue kirchliche Gemeindestrukturen) und nach außen (Wahrnehmung politischer Verantwortung) war ein (über die Hochschule und die Studentenbewegung vermittelter) Politisierungsprozeß.

Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und die Auswirkungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus drängten auch Gläubige zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Not, Elend und Ausbeutung. Theologisches Instrumentarium war insbesondere die „politische Theologie“ (Metz) und die „Theologie der Befreiung“ (Gutierrez). Jedoch erfolgte gleichfalls eine Hinwendung zu Elementen marxistischer Gesellschaftsanalyse. Vielfach erkannten auch katholische Gläubige die Notwendigkeit der Veränderung sozialer und politischer Strukturen in der kapitalistischen Gesellschaft und forderten eine Kirche als Ort, der für eine sozial befreite Zukunft der Menschheit wirkt.

Die Wendung studentischen Protestes nach außen, wie gegen den Schah-Besuch in Westberlin, gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze, gegen die Springerpresse gegen die Regierung der Großen Koalition erweiterten auch den politischen und theoretischen Aktionsradius in den katholischen Studentengemeinden. Ihre aktivsten Vertreter setzten sich an die Spitze der innerkatholischen Opposition bzw. reihten sich z. T. in die außerparlamentarische Opposition (Gruppe Kritischer Katholizismus) ein.

Unter diesen Umständen ergaben sich neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten bündnispolitischer Überlegungen. Die katholischen Studentengemeinden als eine von vielen politischen Gruppierungen an den Universitäten hatten sich auseinanderzusetzen mit Strategie und Taktik ihres politischen Handelns. Der von der Kirche verordnete und stark verhaftete Antikommunismus konnte durch zaghafte Anfänge konstruktiver Auseinandersetzung mit Sozialismus und Kommunismus gelockert werden (jedoch gab es keine ausbaufähigen Kontakte, diese wurden erst möglich mit der Friedensbewegung der achtziger Jahre).

In dieser gesellschaftskritischen, z. T. antikapitalistischen und antihierarchischen Tendenz in der Entwicklung der katholischen Studentengemeinden bis Ende der siebziger Jahre lag der Keim eines irreversiblen Vorgangs der wachsenden Diskrepanz zwischen konservativer Amtskirche der BRD, ihrer Politik in Staat und Gesellschaft und dem zunehmend engagierten und bewußten Einsatz katholischer Jugend für eine menschliche Gesellschaft. Damit war auch der folgende Konflikt zwischen KDSE und Amtskirche vorgezeichnet. [19]

2. Der Konflikt zwischen den konservativen katholischen Kirchenleitungen und den Studentengemeinden (KDSE)

Zwischen den Bischöfen und der KDSE entstanden zwangsläufig grundlegende Konflikte, denn die Dachorganisation der katholischen Studentengemeinden beschleunigte mit ihrer politischen Tätigkeit (in Form von Bildungsprojekten und Aktionen) die gesellschafts- und kirchenkritischen Entwicklungen in den Gemeinden.

Der Anlaß zur offenen Auseinandersetzung wurde schließlich das „Schwerpunktprogramm für die politische Arbeit der katholischen Studentengemeinden und der Katholischen Studentenvereinigung“, des vom Gemeindevertretertag der KDSE vom 17./21. Juli 1971 in Würzburg fast einstimmig beschlossen wurde. Schon im Juli 1969 war der Gemeindevertretertag in Freising zu der Überzeugung gekommen, daß es notwendig sei, „... inhaltliche Punkte für die Gesamtarbeit der KDSE zu formulieren, um Praxis und Reflexion der Gemeindefarbeit in Koordination mit der politischen Arbeit des Vorstandes zu bringen“.¹

Erste Diskussionsergebnisse waren 1970:

- Die politische Arbeit der Gemeinden muß als Ausdruck und Verwirklichung des Glaubens verstanden werden und daher in einer christlichen Motivation verankert sein.
- Außer dem sozialpolitischen Feld sind Kirche und Theologie (Synode), Hochschule sowie die Dritte-Welt-Entwicklungspolitik wichtige Arbeitsbereiche.
- Die Diskussion um programmatische Sätze muß aufgrund entsprechender Vorlegen in und mit den Gemeinden geführt werden.²

Bereits mit der Vorlage zu den Beschlüssen zu einem Schwerpunktprogramm zwecks Diskussion in den Gemeinden griffen die Bischöfe ein. Die Kommission XII (Wissenschaft und Kultur) [20] der DBK ließ ein Gutachten über die derzeitige Ausrichtung der KDSE anfertigen. Dennoch kam es im Juli 1971 zur Verabschiedung eines politischen Schwerpunktprogramms der KDSE. Darin wurden die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus wie folgt charakterisiert: „Eine Minderheit von Unternehmern, Kapitaleignern und Banken verfügt über die Produktionsmittel, die von den Lohnabhängigen, also einer gesellschaftlichen Mehrheit, geschaffen und erneuert werden, und zwar dadurch, daß sich die Unternehmer den Mehrwert aneignen ...“ Am Wesen des kapitalistischen Bildungs- und Ausbildungssystems wurde kritisiert, daß ein grundlegender Widerspruch bestehe zwischen dem Grundrecht auf Bildung und der „Unterordnung der gesamten Bildungsprozesse unter die Erfordernisse des Kapitalverwertungsprozesses und der technokratischen Rationalität“.

Auch im Konsumtionsbereich schlage sich dieser Widerspruch nieder, „besondere als Gegensatz zwischen den durch die Werbung manipulierten Leitbildern des allseitig entwickelnden Wohlstandsbürgers und den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten der Mehrheit der Konsumenten“.³

Gerade diese Erfahrung sei es, heißt es in dem Programm weiter, und die Erfahrung von Unterdrückung und Behinderung gesellschaftsverändernder Prozesse, die zu einer Politisierung vieler Gruppen in den Studentengemeinden führte. Dabei wird Politisierung definiert als „Bewußtmachung der Widersprüche der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsstruk-

¹ Zit. nach Hertel/Teiner, a. a. O., S. 112.

² Ebenda.

³ Schwerpunktprogramm der KDSE, zit. nach: Martin Stankowski, Bischofskonferenz treibt ungeliebtes Kind ab, in: Kritischer Katholizismus, Köln, 10 (1971), S. 2.

tur“ sowie als eine Strategieentwicklung, diese Widersprüche offenzulegen und konkrete Wege „zur Emanzipation des Individuums in einer humanen Gesellschaft“ zu erschließen.

Diese „Humanisierung der Gesellschaft“ im Sinne „der Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen wie auch im Sinne der Selbstverwirklichung des einzelnen“ anzustreben, wird als Aufgabe für die katholischen Studentengemeinden abgeleitet.⁴

[21] Dies erfordere u. a. die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, die Auseinandersetzung mit sozialistischen Systemen und Theorien, Chancengleichheit im Bildungswesen, Förderung von Erziehungsprogrammen, die das Bewußtsein für gesellschaftliche Zusammenhänge fördern, Untersuchung der ökonomischen und politischen Abhängigkeiten der Dritten Welt von den kapitalistischen Ländern, Kritik an Aufrüstung und Förderung der Friedensforschung.⁵

Diese materialistische Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. d. h. die Offenlegung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft, war der bisher weitestgehende Versuch kritischer konstruktiver Politik einer katholischen Jugendorganisation.

Die christliche Motivation und Legitimation solcher Forderungen wurde aus dem Bemühen der katholischen STG abgeleitet, „sich mit Wort und Tat Jesu Christi und seiner Wirkungsgeschichte angesichts der eigenen Welterfahrung“ auseinanderzusetzen. Die daraus entstehenden „Glaubenserfahrungen“ drängten auf „jeweils neue Vermittlung in Gesellschaft und Kirche“. Die Gemeindegarbeit wurde als eine kritische, d. h. die Konflikte nicht verschleiende, solidarische und offene kirchliche und politische Praxis verstanden.

Die Akzentuierung der Theologischen Grundlage (die Botschaft Jesu von der Gottesherrschaft als Zusage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, das soziale Vermächtnis Jesu, seine Parteinahme für die Entrechteten, Vergessenen, Ausgebeuteten ...) ermöglicht dieser „politischen Theologie“ eine bestimmte Aufklärungsfunktion.

Die „Parteilichkeit Jesu“ wird zur Begründung für Gesellschaftskritik und damit notwendig politisch. „Solche ‚Parteilichkeit‘ bedeutet, daß die Botschaft Jesus Christus heute nur glaubwürdig gemacht werden kann, wenn sie in ihrer gesellschaftskritischen Intention eindeutig ist. Denn in Parteinahme und Einsatz für die Zukunft der Hoffnungslosen muß sich die Hoffnung der Christen bewahrheiten und verantworten ... Im Rahmen dieser Parteilichkeit bietet die christliche Gemeinde grund-[22]sätzlich Raum für verschiedene politische Vorstellungen und Handlungsweisen, da es für die politische Praxis vom Evangelium her in den meisten Situationen verschiedene Wege der Realisierung politischer Verantwortung gibt.“⁶

Wenn auch an der Spitze der Arbeitsbereiche der KDSE Theologie und Kirche lagen (bessere theologische Information, Entwicklung einer modernen Verkündigungssprache, Demokratisierung der Gemeindestrukturen, neue liturgische Modelle, wachsende Mitbestimmung der kirchlichen Räte, Intensivierung der Ökumene u. a.) nahmen doch ausgesprochen politische Themen einen breiten Raum ein: Ein zweiter Bereich war die Hochschulpolitik. Hier ging es der KDSE um Demokratisierung und Mitbestimmung sowie eine stärkere Ausrichtung der Ausbildung „unter dem Gesichtspunkt einer emanzipatorischen Berufspraxis“ anstelle einer Tendenz, „die Studenten nach den Bedürfnissen der Großindustrie in bestimmte Ausbildungszweige zu lenken ...“⁷ Der dritte Arbeitsbereich, studentische Sozialpolitik, setzte sich vor allem mit der Vermittlung politischer und gesellschaftlicher Implikationen in Studium und Beruf sowie der materiellen Absicherung der Studenten auseinander.

⁴ Zit. nach Hertel/Teiner, a. a. O., S. 114.

⁵ Ebenda, S. 115.

⁶ Ebenda, S. 122 f.

⁷ Ebenda, S. 115.

Der Bereich Friedensforschung und Friedensdienst zielte auf die Klärung der Ursachen und Bedingungen von Krieg und Frieden, auf Friedenserziehung als Bildungsprinzip. Eine zentrale Rolle spielte die Auseinandersetzung mit Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst/Friedensdienst. Die Meinung, Wehr- und Zivildienst seien komplementäres Handeln, wurde abgelehnt und ausdrücklich dem Zivildienst Vorrang in seiner Bedeutung für den Frieden eingeräumt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die „Dritte-Welt-Arbeit“. Dazu heißt es: „Die heutige Unterentwicklung ist nicht das Resultat rassischer, biologischer oder kultureller Überlegenheit. Unterentwicklung ist vielmehr ein noch fortschreitender Prozeß, der durch die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industriestaaten bedingt ist. Die hohe [23] Wachstumsrate und der Wohlstand der Industriestaaten werden durch in erheblichem Maße durch Systeme und Mechanismen gewährleistet, die zu einer fortschreitenden Verarmung der Länder der 3. Welt führten.“⁸ Hier wurden vor allem Bildungsveranstaltungen vorgesehen.

Am 14. September 1971 wurde die Antwort der von den Bischöfen eingesetzten neunköpfigen Gutachterkommission auf die Frage, ob die KDSE durch ihre augenblickliche Arbeit und derzeitige Ausrichtung ihrem kirchlichen Auftrag gerecht werde, veröffentlicht.

Die Mehrheit der Kommission⁹ meinte, daß „die christliche Botschaft ... im Sinne einer rein innerweltlichen Heilslehre wesentlich verkürzt und damit verfälscht (wird)“.

[24] Der Glaube diene nur mehr als „Motivation gesellschaftskritischen und politischen Handelns“. Die KDSE erscheine als „politischer Verband, der durch seine einseitig politische Ausrichtung dem kirchlichen Auftrag nicht mehr gerecht wird.“ In ihrer Programmatik sei die KDSE „einseitig auf eine bestimmte sozialistische Ideologie festgelegt“ und bediene sich bei der Begründung ihrer Position des entsprechenden „sozialwissenschaftlichen Vokabulars. Von daher erfülle sie auch nicht mehr die von ihr in Anspruch genommene Integrationsfunktion im Bereich der Hochschule.“¹⁰

Die Deutsche Bischofskonferenz schloß sich diesem Gutachten an und erklärte: „Aufgrund eingehender Prüfung stellt die DBK mit Bedauern fest, daß bestimmte Gremien und vor allem die Geschäftsführung der KDSE Grundsätze vertreten, in denen sich ein Selbstverständnis und eine Zielsetzung der KDSE zeigen, die in Widerspruch zu ihrem kirchlichen Auftrag stehen. Diese Grundsätze verkürzen die christliche Botschaft im Sinne einer innerweltlichen Heilslehre und verfälschen dadurch den Glauben, der nur noch als Motivation für gesellschaftskritisches und einseitig politisches Handeln aufscheint. Die Kirche wird in diesen Grundsätzen nicht vom Evangelium Jesu Christi und vom verbindlichen kirchlichen Glauben

⁸ Ebenda, S. 116.

⁹ Die Kommission bestand aus Bischof Wetter, Speyer (jetzt Kardinal in München-Freysing); Prof. Flintrop, Hildesheim; Dr. Krepp, Kulturministerium Rheinland-Pfalz; Pfarrer Seidel, Referent für Akademikerarbeit, Mainz; Rechtsanwalt Servatius, Hamburg, die alle gegen die Linie der KDSE plädierten sowie Frau Dr. Lücker, ZdK und Pax Christi, Bonn; Studentenpfarrer Waltermann, Münster; Dr. Kurt Schmitz, ehemaliger KDSE-Funktionär, heute Fr.-Ebert-Stiftung; Dr. Ziller, TH Darmstadt, die für eine kritische Anerkennung der KDSE-Arbeit und -Thesen plädierten. Die Minderheit argumentierte; „Es ist daher bei aller Gefahr der Verkürzung und Einseitigkeit anzuerkennen, daß in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe der Humanisierung der Gesellschaft katholischen Hochschulangehörigen als zur Zeit vorrangiger gesellschaftlicher Auftrag erscheinen muß. Bei der Verwirklichung dieses ... Auftrages wird zu Recht davon ausgegangen, daß es um konkrete gesellschaftliche Veränderungen geht und daß es nicht ausreicht, lediglich ein verbindliches Programm zu verkünden. Die KDSE kann daher ihrem kirchlichen Auftrag insoweit nur gerecht werden, wenn sie ihre Überlegungen und Aktionen mit der Absicht der Durchsetzung in konkrete politische Zusammenhänge bringt.“ Zit. nach ebenda, S. 117.

¹⁰ Zit. nach: M. Stankowski, Bischofskonferenz treibt ungeliebtes Kind ab, a. a. O., S. 2.

her verstanden. Anstelle der Freiheit, die Christus uns brachte, tritt ein marxistisch beeinflusster sozio-ökonomischer Begriff der Befreiung. Die DBK lehnt daher die gegenwärtige Ausrichtung innerhalb der KDSE ab und bringt ihre Mißbilligung zum Ausdruck.¹¹

Von der DBK wurde eine Kommission unter Vorsitz von Bischof Wetter (Bischof Georg Moser, Bischof Franz Hengsbach) mit der Erstellung neuer Richtlinien für die kirchliche Arbeit im studentischen Bereich beauftragt. Außerdem wurden finanzielle Sanktionen in Aussicht gestellt.

[25] Die Studentenpfarrerkonferenz lehnte in ihrer Erklärung vom 27.9.1971 alle administrativen Maßnahmen der Bischöfe gegenüber der KOSE ab und schloß sich der Beurteilung und dem Votum der Minderheit der Gutachterkommission an. Schließlich hatte ein Großteil von ihnen das Schwerpunktprogramm mitverabschiedet. Sie seien überzeugt, „daß die Grundsätze, die im Schwerpunktprogramm für die politische Arbeit der KDSE enthalten sind und nach dem ihre Gremien arbeiten, nicht im Widerspruch zum kirchlichen Auftrag stehen, denn die Humanisierung der Gesellschaft wird aus der Situation der Studentengemeinden als ein z. Z. vorrangiger kirchlicher Auftrag sichtbar.“¹²

Im Auftrag der DBK beschloß der Verband der Diözesen, die für die studentische Arbeit bereitstehenden Mittel zwar nicht generell zu vermindern, erklärte jedoch: „Die KDSE wird in die Lage versetzt, bestehende rechtliche Verpflichtungen zu erfüllen. Freiwerdende Personalstellen können nicht ohne die Zustimmung der von der DBK eingesetzten Kommission neu besetzt werden ... Projektbezogene Mittel können nur nach Zustimmung der von der DBK eingesetzten Kommission freigegeben werden.“¹³

Bereits zu diesem Zeitpunkt ging es den Bischöfen also nicht, wie behauptet, um kirchliche und theologische Auseinandersetzungen, sondern bereits um gesellschafts- und kirchenkritische Positionen der KDSE, denn das Schwerpunktprogramm war der bis dahin weitestgehende Versuch kritischer Politik einer katholischen Jugendorganisation.

Die Studenten bestritten mit ihrem Programm das Alleinvertretungsrecht der Bischöfe. Sie gingen über alle bisherigen politischen Ansprüche katholischer Verbände hinaus und das mit stark abweichenden Positionen der offiziellen Politik der katholischen Kirche. Konsequenterweise mußte das zum Infrage-[26]stellen der bis dahin weitgehend unangefochtenen Einheit der Interessen des politischen Katholizismus mit denen der CDU führen. Die katholischen Studentengemeinden wurden durch ihre realistischen, z. T. marxistische Aspekte enthaltene Gesellschaftsanalyse zur Zielscheibe des Antikommunismus besonders innerhalb der katholischen Kirche.

An dieser Stelle muß allerdings erwähnt werden, daß die Qualität der Arbeit und der Programmatik der KDSE nicht gleichermaßen für alle Studentengemeinden galt. Zum Zeitpunkt des bischöflichen Verdikts waren viele Gemeinden weit davon entfernt, das Schwerpunktprogramm zur echten Grundlage ihrer Arbeit zu machen. Man darf den politischen Reifegrad an der Basis mancher Studentengemeinden nicht überschätzen.¹⁴

¹¹ Zit. nach Hertel/Teiner, a. a. O., S. 118.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S. 119.

¹⁴ Nicht nur scherzhaft bestätigten Studentenpfarrer auch auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Bischöfen und Studenten, daß die mit Abstand am besten besuchten Gemeindeveranstaltungen keineswegs irgendwelche sozialistische Kaderkurse waren, wie bischöfliche Reaktionen hätten glauben machen können, sondern der sonntägliche Gottesdienst – eine Tatsache, die so manches Ordinariat wohl beruhigt hätte, wenn es sie zur Kenntnis genommen hätte. (Vgl. ebenda, S. 121)

Großen Einfluß auf die Gemeinden hatten die Studentenpfarrer, die dem Schwerpunktprogramm mit Vorbehalten gegenüberstanden, denn sie waren ihren Bischöfen ausgeliefert und eng in die amtskirchliche Hierarchie eingebunden.

Die KDSE veröffentlichte eine Übersicht über die Aktivitäten von 40 der 60 Studentengemeinden im Wintersemester 1971/72, wie sie sich im Semesterprogramm niederschlugen:

- 71 Arbeitskreise zu Glaubensfragen (-information, Bibel, Liturgie, Ökumene, Synode u. a.);
- 32 Arbeitskreise zur Bildungspolitik, davon 7 zum Thema Hochschulpolitik (dem Programm nach ein Arbeitsschwerpunkt);
- 12 Arbeitskreise zur studentischen Sozialarbeit;
- 15 Arbeitskreise zur Entwicklungshilfe;
- 16 Arbeitskreise zum Themenkreis ausländische Arbeiter;
- 16 Arbeitskreise zu Friedensforschung und Friedensdienst.

Man kann also davon ausgehen, daß sich weit über die Hälfte der thematischen Arbeit in den Gemeinden auf gesellschaftspo-[27]litische Probleme erstreckte, darüber hinaus wurde auch in theologischen Arbeitskreisen „kritische Theologie“ praktiziert.

1973 wurde von der KDSE den Gemeinden folgende Wochenseminare angeboten (Berlin/West-Seminare)¹⁵:

- Imperialismus und strukturelle Gewalt
- Kirche und Industriegesellschaft. Funktion der Kirche bei Konsumzwang und Leistungsprinzip
- Koordinationstagung für Lateinamerika (für Arbeitskreis. Lateinamerika)
- Imperialismus und Subimperialismus
- Die Sache Jesu und heutige Gemeindepraxis
- Bildungsökonomische Probleme einer Arbeit mit ausländischen Kindern
- Gemeindeaktivierungsseminar
- Kontaktschwierigkeiten und studentisches Wohnen
- Depositäre und emanzipatorische Erziehung in der Schule
- Abrüstung durch Rüstungskontrolle
- Seminar für lateinamerikanische Studenten
- Die Bedeutung des Rollenspiels für die Arbeit mit ausländischen Kindern.

Bei den von der KDSE durchgeführten Seminaren standen gesellschaftliche und sozialkritische Themen auch noch im Mittelpunkt, nachdem bereits von den Bischöfen die Nichtanerkennung als kirchliche Jugendorganisation ausgesprochen worden war. Auf der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe vom 12./15. März 1973 in Bad Honnef wurde der Bruch endgültig vollzogen. Trotz vielfältiger Bemühungen und Gespräche seitens der DBK mit Vertretern der KDSE und Vertretern der Studentenpfarrer war die KDSE nicht bereit, den Wünschen der DBK entsprechend ihre Satzung zu ändern. Die KDSE bestand vielmehr darauf, ihr Selbstverständnis als Zusammenschluß der deutschen Studentengemeinden aufrechtzuerhalten.

¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt war die KDSE nicht mehr von der DBK anerkannt. Die Finanzierung erfolgte durch Spenden u. ä.

ten. Dabei geht sie von einem Gemein-[28]verständnis aus, das die christliche Botschaft verkürzt und dadurch verfälscht. Die KDSE kann daher in ihrem gegenwärtigen Zustand von der DBK nicht mehr als die Vertretung der katholischen Studentenschaft und als Stelle zur Wahrnehmung pastoraler Aufgaben anerkannt werden. Damit entfällt die Grundlage für die weitere Gewährung finanzieller Mittel.¹⁶ Die Liquidation der KDSE ist ein Glied in der Kette der seit Ende der sechziger Jahre einsetzenden Reorganisationspolitik (d. h. Reorganisation des Konservatismus) in der katholischen Kirche der BRD.

Diese Politik wird nur auf dem Hintergrund der innerkirchlichen Situation, der gesellschaftlichen Gesamtsituation verständlich.

Die divergierende „Pluralität“ des Katholizismus in der BRD wurde mit dem Konzil, dem Ende der Adenauer-Ära, spätestens aber mit dem „Katholikentag der Rebellion“ 1968 in Essen öffentlich. Die Kritik der Studentengemeinden, wie auch anderer kritischer Katholiken richtete sich gegen die Hierarchie und ihren autoritären Führungsanspruch.

[29] Aus den katholischen Studentengemeinden erwuchs ein kritisches Potential, das auf den katholischen Raum ausstrahlte und eine gewisse Basis für die katholische politische Opposition bildete.

Diese Symptome der innerkirchlichen Situation machen deutlich, warum sich die Hierarchie vor die Frage nach der Wirksamkeit ihrer Macht gestellt sah. Die Stellungnahmen des kritischen Katholizismus (wie auch des Bensberger Kreises, der Priestersolidaritätsgruppen und Teile des BDKJ) haben nicht nur die Frage der Wirksamkeit im innerkirchlichen Raum gestellt. Auch in der Gesellschaft sieht sich die offizielle Kirche immer stärker Legitimationsansprüchen ausgesetzt. Das spiegelt sich z. B. in stärkeren Stimmenverlusten der CDU/CSU unter den Katholiken wider.

Mit der „Emanzipation in der Kirche“ war auch die Emanzipation von der Kirche verbunden, zumindestens von der konkreten Politik der katholischen Kirche in der BRD. Der Kampf von Seiten der katholischen Kirche mußte sich daher verstärkt gegen eine KDSE richten, der es aufgrund demokratischer Strukturen gelungen war, ein Gegenkonzept christlich motivierter Politik zu entwickeln und z. T. zu praktizieren.

Doch die Unterbindung der Arbeit der KDSE beseitigte die gesellschaftlichen Ursachen für die progressive politische Orientierung der Studenten nicht. Sie konnte die fortschrittlichen Kräfte unter den katholischen Studenten behindern, aber nicht zum Schweigen bringen. Krise, Arbeitslosigkeit und zunehmende Rüstung mußte ihren Ausdruck unter den Studenten finden und sich auch in der Arbeit der Studentengemeinden widerspiegeln. [30]

¹⁶ Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz, in: Initiative 2 (1973), S. 7. In dieser Ausgabe der KDSE-Zeitschrift befindet sich eine zusammenhängende Darstellung der Auseinandersetzungen zwischen KDSE und der Amtskirche. Die Auflösung blieb nicht unwidersprochen. Ein Aufruf zur Unterstützung der KDSE wurde von einer Reihe Theologieprofessoren unterschrieben. In einem von J. B. Metz und Karl Rahner verfaßten Memorandum hieß es zur Frage des politischen-Mandats: „Dieses kann nicht nur dann gegeben sein, wenn das Amt in der Kirche eine solche politische Betätigung als solche und in ihrer Konkretheit positiv wünschen und befehlen würde ... Es kann deshalb auch der Fall eintreten, daß eine Gemeinde in der Ausübung des eben beschriebenen politischen Mandats in einen Konflikt mit jener Gruppe kommt, die jene der Bischöfe mit ihrer gesellschaftspolitischen Grundtendenz ist und die ihrerseits auch Berufung auf christliche Prinzipien einlegt. Ein solcher Pluralismus in der Kirche ist nun einmal nicht zu vermeiden. Die Christen müssen sich an ihn gewöhnen, dürfen an ihm kein Ärgernis mehr nehmen und müssen lernen, mit Christen anderer gesellschaftspolitischen Tendenz in der Kirche zusammenzuleben.“ (Zit. nach Hertel/Teiner, a. a. O., S. 125.)

Die politische Tätigkeit der AGG als Nachfolgeorganisation der KDSE

Noch im Mai 1973 – nach dem Verbot der KDSE vom März – beschloß der Gemeindevertretertag, die bisherige Arbeit fortzuführen, ohne ein Vakuum entstehen zu lassen.

Dieselben Gemeinden, in den meisten Fällen durch dieselben Delegierten vertreten, gründeten am 1.2.1973 in Würzburg die „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden“ (AGG).¹⁷

Trotz vieler Zugeständnisse an die Bischöfe bei der Verabschiedung der Satzung und der entstandenen Drucksituation auf die Gemeinden wurde durch einheitliches Auftreten der Studenten und dem ausdrücklichen Wunsch, eine Arbeitsgemeinschaft möglichst aller Studentengemeinden zu konstituieren, die Spaltungsversuche der Bischöfe verhindert.

In der Satzung der AGG hat sich mit der Anerkennung durch die DBK (erst im Herbst 1975!)¹⁸ das tragende Strukturprinzip der KDSE, die Gemeinde, behauptet. (Die Intention der Bischöfe, ein Verband mit festen Mitgliedern, Beiträgen usw., der die Flexibilität und Offenheit der Gemeinden stark beeinträchtigt hätte, konnte nicht durchgesetzt werden.)

[31] Organe und Funktionsträger der AGG wurden in der endgültigen Satzung ähnlich definiert und einander zugeordnet, wie in der bisherigen überregionalen Zusammenarbeit: Die Delegiertenversammlung (DV) als oberstes, beschließendes Organ mit drei stimmberechtigten Vertretern jeder Gemeinde, die Sprechergruppe (Vorstand) als ausführendes Organ, der Vorsitzende und dessen Stellvertreter als verantwortliche Vertreter der AGG.

Folgende Einflußmöglichkeiten der Bischöfe wurden satzungsgemäß sichtbar:

- Die Eigenverantwortung und Anerkennung der einzelnen Gemeinden gemäß der Beauftragung durch den jeweiligen Diözesanbischof wurde explizit in der Satzung verankert.
- Die hauptamtlichen Referenten müssen von der Sprechergruppe in Absprache mit der Arbeitsstelle Pastoral gewählt werden. Sie können nicht ohne Zustimmung der bischöflichen Beauftragten als hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt werden.
- Alle Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung der DBK.

Insgesamt zeigt sich eine stärkere Rückbindung bzw. Einschaltmöglichkeit der Bischöfe, die sogar in der Satzung verankert werden mußte.

Auf Grundlage der aktuellen gesellschaftlichen und kirchlichen Situation präziserte die AGG ihre inhaltliche Arbeit:

- Befähigung und Motivierung von Gemeindemitgliedern zu verantwortlicher und kritischer Arbeit in Gemeinden und Kirche;
- Aufarbeitung neuer theologischer Ansätze und Modelle, die versuchen, den christlichen Glauben in die aktuelle gesellschaftliche Wirklichkeit auszusagen; [32]
- Studenten zu befähigen, den Bedingungen der Hochschulsituation standzuhalten, und nicht an dem zu zerbrechen, was in mühsamen und langwierigen Prozessen geändert werden kann und muß;

¹⁷ Die Delegierten sahen in der AGG ein „sinnvolles Organ der Zusammenarbeit der Gemeinden auf Bundesebene“ und beschlossen einstimmig „die regionale und überregionale Zusammenarbeit der Gemeinden ... den Umfang und der Sache nach weiterzuführen“. Vgl. Klaus Möller: Aus der KDSE ward die AGG in: Elemente. Zeitschrift der Einigung katholischer Studenten an Fachhochschulen (EKFS), Nr. 29, Oktober 1975, S. 12.

¹⁸ Die DBK beschloß, „die neue Satzung der AGG und deren Vermögensträger als vorläufige Grundlage der Arbeit zur Erprobung von zwei Jahren anzuerkennen und zu fördern ... Dieser Beschluß kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir mit der Arbeit der AGG nicht einverstanden sind ...“ (Ebenda).

– zur selbständigen Urteilsfindung und Kritik anregen, Veränderungsfähigkeit und -bereitschaft wecken, Kooperation und solidarisches Handeln einüben, politisches Verhalten und Entscheiden proben.¹⁹

Diese Arbeit wurde schließlich in folgende Projektbereiche eingelagert:

- Auseinandersetzung mit Situationen, Ereignissen, Aktivitäten an den Hochschulen (Hochschulpolitik),
- inhaltliche und organisatorische Hilfe für Studienanfänger,
- Unterstützung ausländischer Studenten
- Arbeit mit sozialen Randgruppen,
- Unterstützung von Entwicklungsprojekten für die 3. Welt,
- Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern,
- Auseinandersetzung mit Erfahrungen und Problemen in Gesellschaft und Kirche.²⁰

Allein 1974 bot die AGG zwischen 80 und 90 Veranstaltungen auf Bundesebene an, dazu kamen die Veranstaltungen von Gemeinden, die über die AGG abgewickelt wurden.

Trotz der Konflikte mit den Kirchenleitungen und deren Repressionen gegenüber den Gemeinden konnte keine Absage an den kritischen Kurs der AGG erreicht werden. Das spiegelt sich in Seminaren wider wie:

[33] Erziehung und wirtschaftliche Hintergründe; Sozialisation und Aggressivität; außerschulische Hilfe für ausländische Arbeiterkinder – Hilfe oder Alibi?; Christentum und Sozialismus; (1974).

Lohnt es sich noch, Lehrer zu werden?; Theologie der Befreiung – Kirche auf neuen Wegen in Lateinamerika; Imperialismustheorien; Aufgabe des sozialistischen Friedensdienstes in den Gemeinden; Kirche und Klassenkampf – Tagung für Arbeitsgruppen „Christentum und Sozialismus“: Brennpunkt Brasilien; (1975)

Apartheid und Christentum; Studienziel: leben, lernen, kämpfen – Berufsvorbereitung und/oder gesellschaftsverändernde Praxis; Entwicklung durch Genossenschaften: Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen der allgemeinen Arbeitslosigkeit; revolutionäre Christen und Marx'sche Religionskritik u. a. (1977)

Nach einer Auswertung von Materialien der Katholischen Studentengemeinde Tübingen vom Zeitraum 1968-1975 ergab eine summarische Auflistung der Arbeitskreise und Einzelveranstaltungen nach Sachgebieten (etwa) folgendes Bild:

(Dabei ist von rein theologischen Veranstaltungen wie Gottesdiensten, Bibelexegese u. a. abstrahiert)

¹⁹ Auf der Basis der sogenannten „Aachener Erklärung zu ‚Funktionen der Studentengemeinden in der gegenwärtigen Situation““ verabschiedet auf dem Gemeindevertretertag der KDSE in Aachen 1972, zit. nach Klaus Möller, a. a. O., S. 15.

²⁰ Die AGG arbeitete in folgenden Projektgruppen: Hochschul- und studentische Sozialpolitik, politische Bildung im sozialen und sozialpolitischen Bereich, theologische Bildung, Gemeindeaktivierung. Der Projektbereich 3. Welt und ausländische Studenten wurde 1978/79 aus der AGG in die VIA (Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit) umgelagert. VIA hatte längere Zeit ihr Koordinationszentrum in der AGG-Geschäftsstelle in Bonn (Rheinweg 34).

Gabriele Böhm: Die Entwicklung gesellschaftskritischer Positionen
in der katholischen Studentenbewegung der BRD – 19

1968-1975	Arbeitskreise Veranstaltungen	
Soziale AK	41	8
KDV/Friedensdienst	22	–
Kirchen- und Theologiekritik	16	15
3. Welt	15	5
Hochschulpolitik	8	3
Marxismusrezeption	4	10
Naturwissenschaft und Glaube	–	13

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich also, daß die Bischöfe mit der existenziellen Bedrohung der Arbeit der Studentengemeinden zwar das Tempo und die Intensität beeinflussen können (vor allem auch durch Beeinflussung der Kaderpolitik und der Projekte), insgesamt aber diese kritische Politik katholischer Studenten nicht mehr aufzuhalten ist. [34]

3. Das Eintreten der katholischen Studentengemeinden für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt zu Beginn der 80er Jahre

Die Positionen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen und zur katholischen Kirche legten die STG 1981 in den „Perspektiven in der Arbeit der Studenten- und Hochschulgemeinden fest.“¹

Diesem Orientierungsrahmen, der „ausgehend von der Arbeit der Gemeinden sowie deren Arbeitsgemeinschaft weiterführende gemeinsame Anliegen und Orientierung formuliert“, ging eine einjährige Diskussion über „Aufgaben und Funktionen der Studenten- und HSG in der katholischen Kirche der BRD“ voraus, da festgestellt wurde, „daß Studentengemeinden – je unterschiedlich und auch abhängig von der jeweiligen Bistumszugehörigkeit – verstärkten Restriktionen der Bistumsleitungen ausgesetzt sind.“²

Die Studentengemeinden verstehen sich als Bestandteil eines Gesellschaftsgefüges, das sie wie folgt charakterisieren:

- eine Gesellschaft, die infolge ihrer kapitalistischen Produktionsweise Leistung, Gewinn und Sicherheit als Leitziel ausgibt, die – trotz verschiedener sozialer Institutionen und kurzfristiger materieller Unterstützung Notleidender – immer noch in hohem Maße apathisch und un-solidarisch ist gegenüber den Nöten und Leiden ihrer Mitglieder und der Dritten Welt, eine Gesellschaft, in der es noch zugelassen wird, zur Sicherung des Lebensstandards die weitgehende Zerstörung der Natur in Kauf zu nehmen, eine Gesellschaft, die vorgibt, durch die Beteiligung an einem permanenten Rüstungswettlauf den Frieden sichern zu können; [35]
- eine Hochschule, die als Massenausbildungseinrichtung den gesellschaftlich legitimierten Konkurrenz-, Leistungs- und Anpassungsdruck reproduziert und somit soziale Kontakte und Beziehungen sowie identitätsstiftende Lernprozesse zerstört und Vereinzelung fördert;
- eine Kirche, die in einer Phase innerkirchlicher Restauration reformerische Erneuerungsversuche weitgehend blockiert und die Fundamente einer Service- und Betreuungskirche wieder neu zu festigen versucht.³

Auf Grundlage der Selbstdarstellung der AGG (Orientierungsrahmen, Auswertung der Arbeit der Projektbereiche anhand der INFO, Perspektiven ...) wurden folgende Arbeitsschwerpunkte von der AGG gesetzt und „als Herausforderung und Verpflichtung“ verstanden:

- der Einsatz für einen umfassenden und dauerhaften Frieden,
- die Solidarität mit den Ländern der 3. Welt, das Engagement für den Erhalt der Grund- und Freiheitsrechte,
- das Eintreten für die Rechte der gesellschaftlichen Problemgruppen, insbesondere der Ausländer,
- die Erhaltung der Natur und der menschlichen Lebensbedingungen.⁴

3.1. Friedensarbeit und Kampf um Abrüstung

Seit Ende der 70er Jahre zeigte sich auch in der AGG eine wachsende Aktivität gegen atomare Aufrüstung und Kriegsgefahr. Dabei sei es wichtig, „christliche Friedensrede aus ihrer

¹ Perspektiven in der Arbeit der Studenten- und Hochschulgemeinden. Beschluß der Delegiertenversammlung der AGG vom 5./8.2.1981 in Altenburg. INFO, Bonn 1981.

² Ebenda, S. 4.

³ Ebenda, S. 6.

⁴ Ebenda, S. 11.

Unverbindlichkeit und Unkonkretheit“⁵ zu befreien und einen Frieden zu benennen, „der zur Geltung gebracht werden muß innerhalb der konkreten historischen Situation“.⁶ Christliche Friedensarbeit [36] beinhaltet „die Auseinandersetzung mit den sozio-ökonomischen Bedingungsfaktoren des ost-westlichen Rüstungswettlaufes, sie hat die ökonomischen Interessen einer Rüstungslobby ebenso zu kritisieren, wie die realen Machtinteressen einer Politik militärischer Stärke“.

Im Unterschied zu den kirchenoffiziellen Verlautbarungen in der BRD werden Krieg und Frieden als Erscheinungen charakterisiert, deren Ursachen in den gesellschaftlichen Verhältnissen liegen. Das Friedensbekenntnis verbleibt nicht im moralischen Postulat (du sollst nicht töten), sondern wird politisch zur Geltung gebracht:

„Die Gemeinden wenden sich entschieden gegen die Eskalation der atomaren Nachrüstung vor allem im Bereich der Mittelstreckenwaffen, die eine begrenzte atomare Auseinandersetzung immer wahrscheinlicher werden läßt; sie haben Stellung zu beziehen zu der gerade auch im innerkirchlichen Bereich erhobenen Forderung nach einer Politik einseitiger Abrüstungsschritte, sie sollten die Zusammenarbeit mit anderen Friedensorganisationen (z. B. Pax Christi, Aktion Sühnezeichen, DFG-VK, Bürgerinitiativen) intensivieren, die Beteiligung an Friedenswochen und Friedensdemonstrationen fortsetzen, den Prozeß der Bewußtseinsbildung zum Abbau von Sicherheitsängsten und Feindbildern mittreiben und Konzepte einer sozialen Verteidigung diskutieren.

Die AGG schloß sich dem Krefelder Appell an.⁷

[37] Den Thema „Frieden und Abrüstung“ wurde eine zentrale Aufgabe in den STG. Das zeigen die „Friedens-Arbeitskreise“, die Beteiligung an Friedenswochen und die Unterstützung von Friedensappellen auch im außerkirchlichen Bereich.

Auf Beschluß der 4. DV der AGG vom 5./8.2.1981 wurde Frieden und Abrüstung“ zum Thema der 5. DV der AGG vom 9.12.7.1981 gewählt.⁸ Ziel der Friedensarbeit sei, „einerseits die Friedensarbeit über die bestehenden Aktivitäten in den Gemeinden hinaus für die Arbeit der Gemeinden festzuschreiben und sie zu einer permanenten Aufgabe der Gemeinden zu machen; andererseits diese Aktivitäten in Kooperation und Koordination mit kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen zu organisieren und durchzuführen“.⁹ Hierzu gehöre ebenfalls die innerkirchliche Auseinandersetzung über die Rolle der Kirche zur Friedens- und Rüstungsproblematik. Im folgenden sollen anhand der veröffentlichten Diskussionstexte der einzelnen Arbeitskreise zur „Friedens-DV“ auf einige Schwerpunkte eingegangen werden.

⁵ Ebenda, S. 13.

⁶ Ebenda, S. 12.

⁷ Vgl. INFO, Bonn, 3 (1981), S. 30. Die 4. DV der AGG unterstützte eine Erklärung des Krefelder Forums, welches unter dem Thema „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“ am 15./16.1.1980 stattfand. In der Erklärung wird von der Bundesregierung gefordert: die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter einer neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen ... Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen und durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

– eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt, -Abrüstung für wichtiger hält .1. Abschreckung,

– die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

(Zit. nach: Der Atomtod bedroht uns alle keine Atomraketen in Europa. Krefelder Forum v. 15./16.11.1980, in INFO 2/81, S. 13.)

⁸ Beschluß der 4. DV der AGG v. 5.-8.2.1981 zum Schwerpunktthema der 5. DV, in: INFO 2/81, S. 10 f.

⁹ Ebenda, S. 11.

„Sicherheitsängste und Antikommunismus“¹⁰

Dieser Themenkomplex beinhaltete die „innenpolitische Funktion von Sicherheitsängsten und Antikommunismus unter folgenden Aspekten: [38]

- Welche Rolle spielte der Antikommunismus bei der Wiederbewaffnung der BRD?
- Aufgaben für die Friedensbewegung heute.

Als Lernziele wurden angegeben:

- Einsicht in den Zusammenhang von Aufrüstung und antikommunistischer Argumentation.
- Erkenntnis des Kommunismusvorwurfs als Spaltungsversuch und Diskreditierung der Friedensbewegung.
- Einsicht in die Notwendigkeit der rationalen Auseinandersetzung mit Zielen und Inhalten des Kommunismus.¹¹

In den Diskussionstexten zur Vorbereitung dieses AK (andere Dokumente waren mir nicht zugänglich, G. B.) steht die Auseinandersetzung mit der „Bedrohung aus dem Osten“ im Mittelpunkt.

Zwar wurden die „tief verwurzelten, in einer langen Geschichte ausgeformten nationalen Vorurteile“¹² gegenüber den östlichen Völkern und besonders der Sowjetunion als „irrationale Komponente“ des Bedrohtheitsgefühls ad absurdum geführt, jedoch auch eine reale „Bedrohung“ im folgenden Sinne konstatiert:

„Die Bedrohtheitsgefühle in unserem Lande und im ganzen Westen mögen in vieler Hinsicht irrational sein und nicht den Realitäten der Absichten und Fähigkeiten der kommunistisch-sowjetischen Politik entsprechen. Sie sind aber kein bloßes Hirngespinnst. Weder sind die sowjetischen Rüstungspotentiale ein Produkt der Phantasie, noch sind es die Absichten der sowjetischen Führung, die Kriegstreitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation im Falle eines militärischen Angriffes auf ein osteuropäisches Bündnismitglied einzusetzen ...“¹³

[39] Es wird zwar teilweise sachlich argumentiert, ohne aber von den klassenmäßig determinierten unterschiedlichen Funktionen von imperialistischer Rüstung und Aggressivität bzw. Sicherung der Verteidigungsbereitschaft bzw. internationalistischem Handeln der sozialistischen Staaten auszugehen. Deshalb wird im Weiteren eine undifferenzierte, utopistische Ablehnung jeglicher Rüstung und Kriegshandlungen vertreten. So wird z. B. von E. Jahn die gegenseitige militärische Hilfe und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung durch die sozialistischen Länder als „Politik des Kriegsrisikos“ eingeschätzt.

Als Mittel gegen diese „Politik des Kriegsrisikos“ wird die „Beseitigung der sozialen Ursachen für Bürgerkriegspolitik und damit auch für ‚brüderliche Hilfe‘ ... durch soziale Verände-

¹⁰ Die Leitung des AK übernahmen Michael Zywek-Botschen (KSG Stuttgart) und Heinz Theisen (AGG, Bonn, Zivildienstleistender). Als Einführungsliteratur und Grundlagen wurde angegeben:

– Alois Riklin, Audiator et altere pars. Dreifache militärische Lagebeurteilung, in: Politik u. Zeitgeschichte. B3/81.

– Egbert Jahn (Professor für Politikwissenschaften. Universität Frankfurt, FG-Leiter bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)).

Die Bedrohung aus dem Osten – Eine wirkliche oder eine eingebildete Gefahr? Schrift der HSFK.

– USA-UdSSR: Supermächte zwischen Intervention und Selbstüberschätzung. in: Militärpolitische Dokumentation, Bearbeitung Peter Look, Extern 2.

¹¹ Vgl.: Sicherheitsängste und Antikommunismus (AK 1). INFO 3/81, S. 18 ff.

¹² Egbert Jahn, a. a. O., in: INFO 3/81, S. 26.

¹³ Ebenda, S. 27.

rungen angeführt.¹⁴ Nicht berücksichtigt wird die Notwendigkeit bewaffneten Kampfes als teilweise einzige Möglichkeit sozialer Veränderungen gerade in der 3. Welt. Weiter heißt es, die Politik der friedlichen Koexistenz könne von Pazifisten nicht ohne weiteres akzeptiert werden: „Die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz beruht wie die kapitalistische Entspannungspolitik auf der Zwei-Pfeiler-Doktrin (militärische Aufrüstung als Voraussetzung für Entspannung, militärische Verteidigung im Falle des Scheiterns von Entspannung) ... Pazifistische Friedenspolitik muß aber ganz entschieden die Politik der friedliebenden Koexistenz oder der Entspannung bekämpfen, wo sie vorhandene friedenspolitische Chancen nicht nutzt, und dort, wo sie Aufrüstung und begrenzte Kriegsführung, Verstärkung der Drohpotentiale und Angriffsdrohung heißt.“¹⁵

Mit pazifistischer Friedenspolitik sei „weder pauschaler Antikommunismus und Antisowjetismus noch pauschaler Prokommunismus und Prosovetismus“ vereinbar.¹⁶

[40] Hier ist zu erkennen, daß, bei allen richtigen Einzeleinschätzungen, die Vorstellung von den „beiden Supermächten“ noch keineswegs verlassen wurde und die abstrakte Losung „Abrüstung in Ost und West“ ohne Differenzierung der Ursachen für Auf- und Hochrüstung im Gefolge US-amerikanischer Atomkriegsstrategie und notwendiger Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion zur Verteidigung aufgestellt wird. Aber auch wenn der Einschätzung der Ursachen der Kriegsgefahr Grenzen gesetzt sind, so ist doch das ernsthafte Bemühen ersichtlich, sich mit der Bedrohungslüge gründlich auseinanderzusetzen.

„Rüstung und Unterentwicklung oder die Befriedigung der Armut“

Ziel dieses AK war, „Zusammenhänge zwischen Rüstung, Militarisierung und wirtschaftlicher Unterentwicklung“ aufzuzeigen.¹⁷

Verdeutlicht wurde, „wie die zunehmende Verelendung der Mehrheit der Völker in der sogenannten ‚Dritten Welt‘ und der infolge dieses Prozesses wachsende Widerstand dieser Völker gegen Strukturen der Ungerechtigkeit die Herrschenden zur Anwendung offener Gewalt veranlaßt“.¹⁸

Ein weiterer Schwerpunkt war die Untersuchung, „welche Gruppen mittels Waffenlieferungen/Rüstungsexporten ihre Herrschaft festigen und Handlanger des Völkermordes sind“.¹⁹

[41] Diene Konzeption trug eindeutig antiimperialistischen Charakter und wandte sich insbesondere gegen die Beteiligung der BRD am Waffenhandel, „der trotz Kriegswaffenkontrollgesetz in den letzten Jahren einen rasanten Aufschwung nahm und sich laut einer Studie des Bonner Politologen Eckehart Ehrenberg (VR v. 4.4.1981) anteilig an den Bundesdeutschen Gesamtausfuhren während eines Zeitraumes von 10 Jahren fast verdoppelt.“²⁰ Hier kommt eine Erkenntnis vieler kritischer christlicher Gruppierungen zum Ausdruck, daß nämlich Rü-

¹⁴ Ebenda, S. 34.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Arbeitskreis 2: Rüstung und Unterentwicklung ..., in: INFO 3/81, S. 35 ff, Die Vorbereitung übernahm Ute Wannig, AGG.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda, S. 36. Als Diskussionsgrundlage dienten folgende Artikel:

– Albrecht, Ulrich: Die BRD im Waffenhandel (INFO 3/81, S. 37 f.)

– Lock, Peter/Wulf, Herbert: wirtschaftliche und soziale Folgen des Rüstungstransfers (Aus: Lock/Wulf, Militarismus. Auswirkungen militärisch bedingten Technologietransfers auf die Entwicklung in der Peripherie, in: Internationale Entwicklung. Heft I/II 1978).

²⁰ Albrecht betont im o. g. Artikel die Verflechtung von politischen und ökonomischen Interessen des Waffentransfers, wobei die Reichweite der Politik geringer sei als die der Industrie, aber die Politik letztendlich die ökonomischen Interessen akzeptiere bzw. ein Einverständnis zwischen beiden gäbe (vgl. INFO 3/81, S. 39).

stung und Rüstungsexport schon heute durch Hunger und Elend in vielen jungen Nationalstaaten tötet, ohne daß reale Kriegshandlungen stattfinden.

Zur politischen Ökonomie des Rüstungsunfriedens oder „Die Erhaltung des Friedens erfordert rasches Handeln, sagen die Waffenhändler“ (W. Waidner)²¹

Dieses Thema beinhaltete konzeptionell folgende Komplexe:

- Klärung und Bewertung ökonomischer Ursachen von Kriegen, Ausbruch bewaffneter Konflikte und vorhergehender Aufrüstung;
- ökonomische Fragen, „die sich aus einem Übergang vom heutigen Zustand hoher Rüstungsausgaben zu einer ‚friedlichen‘ Wirtschaftsstruktur, also aus einer weitreichenden Abrüstung ergeben würden“;
- ökonomische Voraussetzungen, die zu einem „positiven“ Frieden beitragen.²²

[42] Alle in Vorbereitung dieses AK veröffentlichten Materialien enthielten eine Gleichsetzung der beiden Gesellschaftssysteme als Rüstungsproduzenten. Dabei richtete sich die Auseinandersetzung jedoch vor allem gegen die NATO bzw. die BRD und die USA.

Die Vorbereitungsliteratur (soweit ersichtlich) klärte weniger die Kriegsursechen (zwar wurde konstatiert, die Rüstung übernehme „Stützungsfunktionen ...“, ohne die die kapitalistische Produktion stagnieren müsse“), sondern orientierte auf die Beschreibung der rüstungspolitischen Situation (bes. in der BRD) und die Darlegung einer Reihe aufschlußreicher Fakten (z. B. Waffenexporte der BRD).

Die zweite Schwerpunktsetzung (Rüstungskonversion)²³ beruhte auf der These, daß diese „auch ohne gravierende negative Folgen oder eine grundlegende Veränderung der sozio-ökonomischen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften möglich sei“.²⁴

Diese Diskussion werde „zunehmend auch im Rahmen friedens- bzw. abrüstungspolitischer Vorschläge und der Auseinandersetzung um verstärkte Rüstungsexporte der BRD aufgegriffen“, da es für „einen ‚politischen Ansatz der Friedensförderung‘ auch darauf ankomme, erste, in vielen Bereichen gleichzeitig ansetzende Elemente einer gesellschaftlichen ‚Friedensstruktur‘ mit eigener Dynamik aufzubauen“.²⁵ [43]

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst²⁶

Die AGG und die ESG führen regelmäßig Treffen von Zivildienstleistenden durch, außerdem gibt es in den STG spezielle AK bzw. Gruppen der BRD-Sektion von Pax Christi. Die Zivildienstleistenden nehmen aktiv an regionaler bzw. überregionaler Friedensarbeit teil: Initiative

²¹ Dieser AK wurde von Theo Bühler, Referent für Hochschule und studentische Sozialpolitik der AGG geleitet.

²² Als Einführungsliteratur zu diesen Problemkreisen wurde im INFO 3/81 veröffentlicht:

Ulrich Albrecht: Rüstung und Profit. Friedensanalysen Nr. 9, Frankfurt/Main 1979, S. 201 ff.

Gert Krell: Rüstungswettlauf, Verteidigung oder Eigendynamik? Friedensanalysen, Bd. 2, Frankfurt/Main 1976, S. 58-61.

Frieder Schlupp: Von der Welfare – zur Warfare-Politik, in: links, Mai 1981.

David Holloway: Technologie und politische Entscheidungsgewalt in der sowjetischen Rüstungspolitik. Friedensanalysen Nr. 2 „Rüstung“, Frankfurt/Main 1976, S. 86 ff.

Ulrich Albrecht: Konversion. AMI (Antimilitärisches Infobulletin) Nr. 3/78.

Klaus Mehrens: Gewerkschaften und Abrüstung. Frankfurter Hefte 12/80, S. 30 f.

²³ Unter Rüstungskonversion wird verstanden „die Umstellung von vormaligen Rüstungsfertigungen auf nicht-militärische Produkte sowie die Umwandlung ehemaliger militärischer Einrichtungen“. (Zit. nach Albrecht, Konversion ... INFO 3/81, S. 61).

²⁴ INFO 3/81, S. 53.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Dieser AK stand unter der Leitung von Martin Singe, Stiftung sozialer Friedensdienst Pfalz.

„Ohne Rüstung leben“, Beteiligung am Semesterschwerpunktprogramm der AGG „Frieden und Abrüstung“, Mitarbeit in AK der Gemeinden zu Aufrüstung gewaltfreier Aktion, Mitarbeit im Internationalismus-AK, lokale Mitarbeit in Organisationen wie der DFG/VK, der Selbstorganisation der ZDL oder lokalen Friedenswochen.

Im wesentlichen ging es auf der Grundlage der Einsicht, daß „die politische Relevanz der Entscheidung eines Bundesbürgers, den Kriegsdienst mit der Waffe gemäß Art. 4, Abs. 3 des Grundgesetzes zu verweigern, ... durch spätere Gesetzbestimmungen und -auslegungen praktisch gleich Null (ist)“.²⁷

Die Einrichtung des Zivildienstes sei „unmittelbar Folge der Existenz einer Armee, die mit dem erklärten Ziel der ‚Produktion von Sicherheit‘ auftritt unseres Erachtens jedoch den Frieden mehr gefährdet als erhellt.“²⁸

Es wurde die Forderung nach einem selbstbestimmten Friedensdienst erhoben, „als ein ständiges, lebenslanges Engagement für die Aufdeckung und Beseitigung von unfriedlichen Strukturen, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt.“²⁹ Die AGG lehnt ebenso wie Pax Christi und BDK die Neuregelung des Rechte der Kriegsdienstverweigerer ab und kritisiert im besonderen die Beibehaltung der „Gewissensprüfung“ für die An-[44]tragsteller³⁰, während das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) „Instanzen, die berufen sind, zu beurteilen, ob eine Gewissensentscheidung vorliegt, nicht vor eine unlösbare Aufgabe gestellt sieht“.

Weitere AK waren: *Frau und Militär*,³¹ *„Ökologie und Friedensbewegung“*³² und *„Gewaltfreie soziale Aktionen“*.

Die Unterstützung der Umweltschutzbewegung in der BRD ist integraler Bestandteil der AGG-Arbeit. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen, aber auch die Aufklärung über den Zusammenhang zwischen Einsatz für den Frieden und ökologischer Bewegung steht dabei im Vordergrund.

Die ökologischen Perspektiven haben sich auch im Bewußtsein der AGG als umfassend politisch brisant erwiesen. Die eindeutige Priorität erhält der Kampf gegen Atomraketen und Hochrüstung, die Umweltbewegung wird als Bestandteil der Friedensbewegung begriffen. Dies geht z. B. aus einem Aufruf von Ökologie- und Friedensgruppen hervor, der folgende Forderungen enthielt:

- Abrüstung in Ost und West. Erste vertrauensbildende Schritte.
- Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.
- Stilllegung aller Atomanlagen. Einstellung des Exports atomarer Anlagen.
- Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf KDV.
- Entgiftung der Umwelt. Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie.

²⁷ Vgl. Einführung in den AK, INFO 3/81, S. 68.

²⁸ Zivildienst in einer militärischen Gesellschaft. (Diskussionspapier, erarbeitet im Rahmen eines Treffens von Zivildienstleistenden aus katholischen und evangelischen STG in Paderborn vom 28.1./30.1.1980), in: INFO 2/80, S. 117.

²⁹ Diskussionspapier „Zur gegenwärtigen Situation des ZDI. in der STG“, INFO, 2/80, S. 121.

³⁰ Vgl. Stellungnahme zu der Erklärung des ZdK „Über die Begründbarkeit von Gewissensentscheidungen“, in: INFO 2/79, S. 6.

³¹ Den AK leitete Hedwig Meyer-Wilmes-M., Heike Botschen, Christel Rosendahl (Mitglied der AGG).

³² Die Leitung des AK übernahm Michael Baumgart (Mitglied der AGG).

– Umstellung von Atomwirtschaft und Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.³³ [45]

*Frieden und Abrüstung als Problem von Theologie und Kirche*³⁴

Thema dieses AK ist die ambivalente Haltung der katholischen Kirche im Friedenskampf. Einerseits werde durch sie Aufrüstung eindeutig verurteilt, andererseits billige sie die Verteidigungsfähigkeit. Vornehmlich sollte eine Diskussion biblischer Basistexte³⁵ die Relevanz der jüdisch-christlichen Schalom-Tradition verdeutlichen. In einem Statement von Prof. Dr. Heinrich Misalla, als Vorbereitungsmaterial im INFO veröffentlicht, heißt es zu den Konsequenzen kirchlicher Friedensarbeit:

„Wir fordern alle Katholiken auf, sich an den Überlegungen und Diskussionen zu beteiligen, wie in kirchlicher Lehre und Praxis auf allen Ebenen die absolute Vorrangstellung der Friedensarbeit zu denken und herauszustellen ist; wir rufen alle Christen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen, wie die moderne Rüstungs- und Kriegsproblematik ethisch zu beurteilen sei ... Wir fordern von der kirchlichen Presse ... gründliche und rückhaltlose Information über die bestehenden Konflikte in Kirche, Gesellschaft und in der Welt, über ihre Hintergründe, über Friedensinitiativen aller Art, gleichgültig, welcher politischen und gesellschaftlichen Gruppe, welcher Partei oder welchem Wirtschaftszweig solche Informationen gelegen oder ungelegen sind ...

Es muß die Frage gestellt und erörtert werden, ob die Umstände nicht dazu zwingen, den Sinn der früheren Kirchengebote neu zu bedenken und ob Christen nicht ausdrücklich und nachhaltig dazu verpflichtet werden können und sollen, um der Arbeit am Frieden willen sich gründlich und dauernd politisch zu informieren ...“³⁶

[46] *Im Entwurf einer Leitresolution für die Delegiertenversammlung der AGG „Frieden und Abrüstung“*³⁷ wurden die 3 Vorschläge des im Mai 1981 veröffentlichten Papiers der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ übernommen:

„*Erstens*: Verzicht auf neue Atomwaffen. Wir treten dafür ein, daß die Bundesregierung einer Stationierung von mehr oder moderneren Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zustimmt und daß sie im Bündnis darauf hinwirkt, daß die vorhandenen Potentiale vermindert werden.

„*Zweitens*: Umrüstung der Streitkräfte. Wir treten ein für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Streitmacht, die unser Territorium so wirksam wie möglich schützt, aber zu einem Angriff über Grenzen hinaus strukturell unfähig ist.

„*Drittens*: Verbot von Rüstungsexporten. Wir treten ein für ein striktes Verbot von Rüstungsexporten in Gebiete außerhalb der NATO, für eine schärfere parlamentarische Kontrolle des Gebots und für eine strafrechtliche Verfolgung von Verstößen.“³⁸

³³ Aufruf von Ökologie- und Friedensgruppen (Koordinationszentrum BSU, DFG/VK.), in: INFO 3/81, S. 30.

³⁴ Der AK wurde geleitet von Johannes Schnettler, stellv. Vorsitzender der AGG.

³⁵ Konkret geht es dabei um die Reflexion der prophetischen Mission einer Friedenszeit (Micha 4, Jesaja 2) und die Gewaltverzichtsforderung der Bergpredigt (Mathäus 5-7).

³⁶ Prof. Dr. H. Misalla hielt diesen Vortrag auf dem Katholikentag 1980 in der vom „Katholikentag von unten“ durchgeführten Veranstaltung „Gehorchen und Rüsten? – Katholische Christen gegen die Atomrüstung“ in der Eissporthalle. Statement von Prof. Dr. H. Misalla, in: INFO 3/81, S. 92 f.

³⁷ Dieser Entwurf wurde erarbeitet von einer auf der 13. DV der AGG gewählten Vorbereitungskommission. (Mitglieder: Dr. A. Battke, Stuttgart; P. Bollermann, Bonn; H. Botschen, Stuttgart; W. Danelzik, Tübingen; M. Kernberger, Aachen; F. Langecker, Berlin-W.; L. Lemhöfer, Frankfurt/M.; L. Mintrop, Aachen; B. Möller, Siegen; J. Schnettler, Bonn; M. Zywek-Botschen, Stuttgart).

³⁸ Entwurf der Leitresolution für die DV der AGG „Frieden und Abrüstung“, in: INFO 3/81, S. 112 f.

Die ausführliche Darstellung der Richtung der Diskussion und Beschlüsse der AGG zu Friedensfragen weist die katholische Studentenbewegung eindeutig als einen aktiven Teil der Friedensbewegung in der BRD aus. Die Ernsthaftigkeit und Tiefgründigkeit der politischen, gesellschaftlichen und theologischen Arbeit im Hinblick auf die Friedenerhaltung und die klare antiimperialistische Tendenz legt den Schluß nahe, daß hier ein dauerhaftes Potential progressiver gesellschaftlicher Kräfte im Bereich des Katholizismus entstanden ist, das nicht durch Verbote und restriktive Maßnahmen der Kirchen mundtot gemacht werden kann. [47]

3.2. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Solidarität der AGG mit den Ländern der nationalen Befreiungsbewegung

Von besonderer Präsenz und Wirksamkeit in den STG ist die entwicklungspolitische Arbeit.

Bei der Aufarbeitung der Bedingungsbeziehungen und der Situation in den Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas zeigt sich ein prinzipiell anderes Herangehen, eine andere Schwerpunktsetzung im Vergleich traditioneller „Entwicklungshilfe“ der katholischen Kirche.

In den „Perspektiven ...“ wird festgestellt:

„Die Geschichte der Völker der Dritten Welt ist eine Geschichte der jahrhundertelangen Unterdrückung durch und der Abhängigkeit von imperialistischer Beherrschung. Sklaverei, Ausbeutung der Bodenschätze, Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen und die Vernichtung hochstehender Kulturen kennzeichnen diese Geschichte.“³⁹ Dieser prinzipiellen antiimperialistischen Einschätzung entgegen steht die wesentlich vom „Nord-Süd-Konflikt“ geprägte kirchenoffizielle Linie, denn in dem Synodenbeschluß „Entwicklung und Frieden“ von 1976 wurden als Ursachen der „Unterentwicklung der Dritten Welt“ genannt: „überkommene Sozialstrukturen“, „Bevölkerungswachstum“, „wirtschaftliche Macht in den internationalen Handelsbeziehungen“, „Wirtschafts- und Handelspolitik der Industriestaaten“.⁴⁰ Einerseits wird durch verschiedene Institutionen der Kirche,⁴¹ ausgehend vom christlichen Prinzip der Nächstenliebe bzw. der postulierten allgemeinen Anwaltschaft der Kirche, für die Armen caritative Hilfe geleistet. Aber diese folgt andererseits politischen Gesichtspunkten der CDU/CSU.

[48] Letztendlich dient diese einer Stärkung imperialistischer Zwangseinflußsphären und ist gegen die revolutionäre demokratische Bewegung gerichtet.

Ein weiterer grundsätzlicher Dissens zu der katholischen Entwicklungsarbeit der DBK ist die Position der AGG, daß die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Mechanismen Voraussetzung für Bewußtseinsbildung und Aufklärung über die 3. Welt sein muß. Dies sei nur möglich, wenn „man sich als Bestandteil desselben Systems erkennt, an dem die 3. Welt leidet.“⁴² Daraus erhebt die AGG folgerichtig die Forderung, „den Aspekt der eigenen Befreiungsbedürftigkeit einzubeziehen und damit den Befreiungskampf in der sogenannten 1. Welt vom Joch eines dort präsenten, aber weit subtileren Unterdrückungsapparates der Entfremdung des Menschen von sich selbst, von seiner Umwelt, von seiner Arbeit zu sehen“.⁴³

³⁹ Perspektiven ..., S. 13.

⁴⁰ Synodenbeschluß Entwicklung und Frieden in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der BRD. Offizielle Gesamtausgabe Freiburg 1976, S. 474.

⁴¹ Werke und Dienste kirchlicher Entwicklungsarbeit und vor allem:

- Misereor (Entwicklungsarbeit)
- Missio (Pastoralhilfe für Afrika/Asien)
- Adveniat (Lateinamerika)

⁴² Perspektiven ..., S. 13.

⁴³ Ebenda.

Aus dieser dialektischen Sicht auf den Zusammenhang von sozialer und nationaler Befreiung ergibt sich eine klare politische Parteinahme für die nationalen Befreiungsbewegungen bzw. für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

In diesem Zusammenhang fordert die AGG einen „Perspektivwechsel in der bundesdeutschen Entwicklungspolitik“. Nach wie vor fehle ein „klares Wort der deutschen Kirche zu den drängendsten Problemen der Kirche Lateinamerikas“.⁴⁴

Die AGG unterstützt jene Kräfte, „die auf Veränderung bestehender Strukturen hinwirken: die nationalen Befreiungsbewegungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern, wie auch Widerstands- und Selbsthilfegrup-[49]pen aus Teilen der ländlichen Bevölkerung“.⁴⁵

Die AGG erkennt den bewaffneten Befreiungskampf als legitimes Mittel der nationalen Befreiungsbewegungen an⁴⁶ (die Bischöfe lehnen jede Gewaltanwendung ab).

Die AGG betont die sozialökonomischen und politischen Voraussetzungen und damit den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit: „Diese Solidarität mit dem Befreiungskampf unterdrückter Völker widerspricht nicht der Forderung nach einem allgemeinen und dauerhaften Frieden, da Frieden die Anerkennung der elementarsten Menschenrechte voraussetzt.“⁴⁷

Südafrika

Die AGG unterstützte einen internationalen Kongreß gegen die nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika, der am 11./12.11.1978 in Bonn stattfand.⁴⁸ In der Abschlusserklärung [50] dieses Kongresses wurde formuliert:

„Die Teilnehmer erklären ihre Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker Südafrikas, Namibias und Zimbabwes und mit den nationalen Befreiungsbewegungen dieser Völker. Sie treten ein für das uneingeschränkte Recht der Völker Afrikas, über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft selbst zu bestimmen. Sie erklären ihre Solidarität mit den Opfern des unmenschlichen Apartheidsystems, mit den Verfolgten, den politischen Gefangenen, mit den Gefolterten, den Ausgebeuteten und Entrechteten ...“⁴⁹

Ziel des Kongresses war die Mobilisierung der Bevölkerung für folgende Forderungen:

⁴⁴ KNA-Informationsdienst Nr. 29/30 von 20. Juli 1978.

⁴⁵ Auf der 9. DV der AGG in Fulda 1978 mit dem Schwerpunktthema „Kirche in Lateinamerika“ wurde die Kritik an Adveniat und Misereor wie folgt formuliert: Adveniat solle sich vom rechtslastigen und auffallend unternehmerfreundlichen Studienkreis „Kirche und Befreiung“ distanzieren; wegen dieser Verflechtung könne in Lateinamerika nicht die notwendige Hilfe geleistet werden; an Misereor wird die Anfrage gerichtet, ob deren Hilfe tatsächlich der Mehrheit der Armen und Unterdrückten wirksame Hilfe biete; an den Publikationen der kirchlichen Hilfswerks wird die häufige Verschleierung der Ursachen der Unterentwicklung kritisiert. Perspektiven ..., S. 14.

⁴⁶ Kirchenoffiziell legitimiert wird diese Position durch die Aussage des päpstlichen Rundschreibens „Populorum progressio“ (1967), in dem es u. a. heißt: „Jede Revolution – ausgenommen im Fall der eindeutigen und langandauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernststen Schaden zufügt –, zeugt neues Unrecht, bringt neue Störungen des Gleichgewichts mit sich, ruft neue Zerrüttungen hervor.“ (Zit. nach Stellungnahme der AGG zur Situation in Nicaragua, INFO 4/79, S. 35.)

⁴⁷ Perspektiven ..., S. 13.

⁴⁸ Dieser Kongreß wurde initiiert von der AAB (Anti-Apartheid-Bewegung) Bonn, Blücherstr. 14 und von Organisationen wie: Aktion Selbstbesteuerung, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU), Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Deutsche Jungdemokraten, Gruppe Rheinische Zeitung, Kommunistischer Bund, Sozialistische Jugend Deutschlands, Die Falken, Sozialistisches Büro, Vereinigte Deutsche Studentenschaft (VDS).

⁴⁹ Abschlusserklärung der Teilnehmer des „Kongresses gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika“. Zit. nach: INFO, 6/78, S. 63.

- den unverzüglichen Stop aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage;
- die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime und die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens, des die Grundlage für die wissenschaftliche Zusammenarbeit ist;
- die strikte Einhaltung des vom Weltsicherheitsrat verhängten Waffenembargos, sowie die Beendigung jeglicher sonstiger Formen der militärischen Zusammenarbeit;
- die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen;
- die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die von den Vereinten Nationen und der OAU anerkannt werden, ANC u. PAC.⁵⁰

Im Zusammenhang mit diesem Kongreß wurde von der AGG eine umfangreiche Dokumentation über die Zusammenarbeit von BRD-Konzernen, bzw. des Staates mit dem südafrikanischen Staat veröffentlicht und festgestellt, daß diese nicht nur den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung behindere, sondern „sie be-[51]hindert auch die Arbeit der progressiven Organisationen für Veränderungen in der BRD“.⁵¹ Sie behindere außerdem die Antiatombewegung und die Anstrengungen für Frieden und Entspannung in Europa.⁵²

Eine konkrete Aktionsform der katholischen STG und der AGG war die Unterstützung der Forderungen von UNO und OAU nach wirtschaftlichem Boykott Südafrikas.⁵³

[52] Die Leiterin des Projektbereiches „Dritte Welt und ausländische Studenten“ der AGG, Ute Wannig (Nachfolgerin von Josef Senft)⁵⁴ nahm als Beobachterin an einer repräsentativen Namibia-Solidaritätskonferenz der UNESCO vom 11./13.9.1980 in Paris teil. In der Erklärung, die zugleich „eine Willenserklärung für Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia darstellt, die an der Konferenz teilgenommen haben“⁵⁵, wird eine prononcierte Einschätzung der Situation gegeben:

⁵⁰ Josef Senft: Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika in: INFO 5/78, S. 78.

⁵¹ Abschlußerklärung der Teilnehmer ..., S. 64.

⁵² Dazu heißt es: „Die Diskriminierung der Befreiungsbewegungen als Terroristen geht einher mit der Kriminalisierung von Dritte-Welt-Gruppen, Friedens- und Antiatombewegungen in der Bundesrepublik. Es ist kein Zufall, daß diejenigen, die die Befreiungsbewegungen diskriminieren, auch für die Einschränkung politischer Freiheiten in der Bundesrepublik verantwortlich sind“, ebenda S. 66. Die Teilnahme der AGG an diesem Kongreß stieß auf starke Kritik der Bischöfe und rechter katholischer Organisationen. Von UNITAS wurde die DBK aufgefordert, „der Tendenz einer einseitigen Bindung der AGG an marxistische Gruppen entschieden entgegenzutreten“ (vgl. die Presseerklärung der UNITAS, vom 17.10.1978, in: INFO 6/78, S. 68). In einem darauf folgenden Briefwechsel zwischen Prof. A. Heck (DBK) und Klaus Möller (Vorsitzender der AGG) wurde deutlich, daß im Zentrum der Kritik die Position der AGG stand, unter bestimmten Bedingungen mit linken und kommunistischen Gruppen zusammenzuarbeiten: „Nicht die Frage, wer sich an dem Engagement für eine bestimmte Sache beteiligt, ist entscheidend, sondern ... ob das Anliegen und ob die damit verbundenen Ziele und Inhalte von der AGG getragen ... werden können“ (INFO, 6/76, S. 75.).

⁵³ Vgl. die Presseerklärung der Teilnehmer eines gemeinsamen Seminars von ESG und AGG zu Grundlagen und konkreten Aktionsformen der Anti-Apartheidarbeit, in der es u. a. hieß: „Die Seminarteilnehmer stellten fest, daß die Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit gegen das Apartheidregime es vor allem heute notwendig machen, die in der Illegalität arbeitenden schwarzen Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen durch die Forderung eines umfassenden Wirtschaftsboykotts zu unterstützen. Die Befreiungsbewegungen machen als die entscheidenden Kräfte im Kampf gegen die Apartheid immer wieder deutlich, daß alles, was von den westlichen Industrieländern geliefert, gekauft, investiert wird, sich gegen ihren Kampf richtet ...“ (Presseerklärung zum südlichen Afrika, in: INFO 3/80, S. 154).

⁵⁴ Josef Senft, ehem. Leiter des RB 3. Welt, übernahm 1980 eine wissenschaftliche Assistentenstelle am „Seminar für Theologie und ihre Didaktik an der Universität Köln“.

⁵⁵ Vgl. Zur Erklärung der internationalen Konferenz für Solidarität mit dem Kampf des Volkes in Namibia, UNESCO, Paris, 11.-13.9.1980, in: INFO 5/80, S. 114.

- Das südafrikanische Rassistenregime hält Namibia illegal besetzt; es hat von diesem Territorium Angriffe gegen die Volksrepublik Angola und Sambia verübt.
- SWAPO ist die einzige und authentische Repräsentantin des namibischen Volkes,
- Die nationale Einheit und territoriale Integrität Namibias einschließlich der Inseln muß erhalten werden.
- Der UN-Rat für Namibia ist bis zur Unabhängigkeit die legale Verwaltungsbehörde Namibias.

Lateinamerika

Die in Lateinamerika aufgebrochenen sozialen und politischen Bewegungen gegen imperialistische Abhängigkeit und neokoloniale Ausbeutung bilden heute ein Zentrum der weltweiten Klassenauseinandersetzung. Auch die katholische Kirche ist gezwungen, zu den dringendsten Problemen der lateinamerikanischen Völker Stellung zu nehmen. Zu der politischen Brisanz, die sich aus der Zurückdrängung der traditionellen Vormachtstellung der USA in diesem Gebiet (Hinterhof der Nation) ergibt, kommt hinzu, daß sich ein großer Teil der lateinamerikanischen Bischöfe zu grundlegenden Forderungen der revolutionären Volksbewegungen bekennen, daß die Theologie der Befreiung den sozial-politischen Kampf theologisch legitimiert.

J. B. Metz führte anlässlich der Verleihung des „Friedenspreises des Deutschen Buchhandels“ an Ernesto Cardenal (1980) als „eines der epochalen Kennzeichen unserer Situation“ an, daß „die 3. Welt unausweichlich und unwiderruflich in unsere eigene sozial-ökonomische und politische Situation eingerückt ist“.⁵⁶

Bei der Betrachtung der Lateinamerika-Arbeit der AGG wird deutlich, daß von den progressiven Vertretern der lateinamerikanischen „Theologie der Befreiung“ und der Basisgemeindenbewegung sehr starke Impulse ausgehen, daß die revolutionäre Potenz der Kirche in Lateinamerika ein Modell christlichen politischen Engagements auch für die progressiven Katholiken in Europa darstellt.

Von der AGG werden Kontakte mit katholischen Gruppierungen, Organisationen bzw. Gemeinden vor allem in Chile, Bolivien, El Salvador und Nicaragua gehalten.⁵⁷ Darüber hinaus geht es der AGG um die Unterstützung des Kampfes der Arbeiterkreise bzw. ihrer Gewerkschaften. Die AGG übernahm z. B. die Schirmherrschaft über die „Aktion Befreiung der politischen Gefangenen in Chile“ in der BRD⁵⁸ und unterstützte die „Weltkonferenz der Solidarität mit Chile“ v. 26.-28.10.1978 in Schlüchtern.

[54] Die AGG verurteilte die Haltung der Bundesregierung der BRD zur Militärdiktatur in Bolivien, die „seit 14 Jahren systematisch elementarste Menschenrechte verletzt: die Kehrseite des hier vielgelobten ‚Wirtschaftswunders‘ sind Mord und Folter an Gegnern des Militärregimes, willkürliche Verhaftungen, Pressezensur, Beschneidung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und Völkermord an den Indianern“ (siehe INFO 2/78, S. 29). Anlässlich des Besuches von General Geisel (Brasilien) in der BRD unterstützte sie Aufklärungs-

⁵⁶ J. B. Metz: Laudatio auf E. Cardenal, zit. nach INFO 5/80, S. 53.

⁵⁷ So z. B. mit der Vicaria de Solidaridad des Erzbistums Santiago de Chile als wichtigstes und größtes Organ kirchlicher Solidaritätsarbeit in Chile, die u. a. vom Weltkirchenrat unterstützt wird.

In der Stellungnahme der AGG zur Unterstützung des Solidaritätsvikariats des Erzbistums Santiago durch die Katholische Kirche in der BRD (INFO 2/78, S. 16) wird den kirchlichen Hilfswerken Adveniat und Misereor vorgeworfen, ausgerechnet dieser größten Hilfsorganisation der katholischen Kirche keine Unterstützung zu geben, obwohl viele Projekte der chilenischen Kirche von ihr unterstützt werden.

⁵⁸ INFO 2/77, S. 31.

kampagnen progressiver Organisationen über die Hintergründe der engen Beziehungen beider Länder. Sie stellte in ihrer Argumentation die enge Verflechtung bundesdeutscher Industrie mit dem damaligen brasilianischen Militär dar und verurteilte den Export von Atomtechnologie nach Brasilien.⁵⁹ In einem Aufruf der AGG zu einer Protestkundgebung anlässlich des Staatsbesuches⁶⁰ wurden folgende Forderungen erhoben:

- Amnestie für alle politischen Gefangenen
- Rückkehr aller Brasilianer aus dem Exil
- Auflösung der Folterzentren
- Politische und gewerkschaftliche Freiheiten
- Kein Atomgeschäft mit Folterern
- Kein Kernkraftwerk in Rio und auch nicht anderswo.

Die katholischen STG unterstützten den bewaffneten Befreiungskampf der FSLN in Nicaragua als das Recht des nicaraguanischen Volkes, „seinen Weg zu suchen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Gerechtigkeit, Demokratie und Achtung der persönlichen Rechte Grundelemente sind“.⁶¹ Die AGG verurteilte die Unterstützungsmanöver der USA zur Erhaltung der Somoza-Diktatur als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes.⁶² Sie forderte die Bundesregierung auf, die diplomatischen Beziehungen zu Somoza abzubrechen, die FSLN anzuerkennen und die von der sandinistischen Befreiungsbewegung benannte „Regierung des nationalen Wiederaufbaus“ anzuerkennen und zu unterstützen.⁶³

Im Rahmen einer Solidaritätsveranstaltung für die Basisgemeinde Solentiname in Nicaragua 1980 (Solentiname wurde wegen des revolutionären Engagements ihrer Einwohner von Somoza zerstört) rief die AGG zur Unterstützung des Aufbaus in Nicaragua auf.⁶⁴ Im Zusammenhang mit der spezifischen Rolle der progressiven Katholiken in Lateinamerika werden den revolutionären Ereignissen in Nicaragua von Linkskatholiken und progressiven Theologen in der BRD große Aufmerksamkeit und Erwartungen entgegengebracht.

Aus der Analyse der Arbeit des AGG-Projektbereiches „3. Welt und ausländische Studenten“, vorgenommen anhand des „INFO“ (1977-1981), zeigen sich im wesentlichen folgende Positionen:

- die Ursachen für die „Unterentwicklung“ von Ländern der Dritten Welt liegen objektiv im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise und imperialistischer Machtpolitik begründet;
- der Zusammenhang zwischen nationaler und sozialer Befreiung wird erkannt, des Recht auf Selbstbestimmung der Völker verlangt das Recht, seinen sozialpolitischen Weg selbst zu entscheiden;

⁵⁹ Was will Geisel gerade jetzt in der BRD? siehe INFO 2/78, S. 73.

⁶⁰ Zu dieser Kundgebung wurde von der AG „Brennpunkt Brasilien“ der AGG aufgerufen.

⁶¹ Stellungnahme zur Situation in Nicaragua, INFO 4/79, S. 35.

⁶² Es heißt dazu: „Daß sich Somoza mit seiner Nationalgarde immer noch im Kampf gegen sein ganzes Volk halten kann, liegt vor allem an der Unterstützung aus dem Ausland: Die USA liefern trotz offizieller Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe weiterhin über Israel Waffen an Somoza. El Salvador und Guatemala haben Soldaten geschickt, Vietnamveteranen und Exilkubaner kämpfen als Söldner auf Seiten Somozas. Die USA schließlich wollten die OAS bewegen, eine ‚Friedenstruppe‘ nach Nicaragua zu schicken bzw. selbst zu intervenieren ..., ebenda.

⁶³ Ebenda, S. 36.

⁶⁴ Vgl. den Briefwechsel zwischen Ernesto Cardenal, Kulturminister der Regierung des nationalen Wiederaufbaus und dem Arbeitskreis Basisgemeinde der KHG Marburg, in: INFO 2/80, S. 80 f.

- die Nationalen Befreiungsbewegungen werden als die progressivsten und konsequentesten Vertreter der Völker und als Bestandteil der weltweiten demokratischen Bewegung definiert;
- der bewaffnete Befreiungskampf wird als Notwendigkeit im Verteidigungskampf der Völker anerkannt. [56]

3.3. Der Einsatz der katholischen Studentengemeinden für die Einhaltung der politischen Grundrechte in der BRD

Die STG kennzeichnen die gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD mit „zunehmender politischer Einschränkung vorfassungsmäßig garantierter Grund- und Freiheitsrechte“ In dem Beschluß der 4. DV der AGG 981 werden hierfür genannt:

„Die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, die Praxis des ‚Radikalerlasses‘, die steigende Tendenz staatlicher Institutionen zu Überwachungsapparaten und die im Hochschulbereich nur unzureichend bewußte Tatsache von einer Million Arbeitsloser“.

Die AGG sieht es als ihre Aufgabe an, „den Zustand der Arbeitslosigkeit als krassen Widerspruch zum allgemeinen Recht auf Arbeit anzuklagen und die ökonomischen Hauptursachen der Arbeitslosigkeit wie Monopolbildung und Profitstreben, aber auch Rationalisierung, Sättigung der Weltmärkte, Kapitalexport immer wieder neu zu benennen und aufzudecken.“⁶⁵

Auf der 6. DV 1977 in Stuttgart (Thema: Sozialistische Theorie und Praxis als Herausforderung an die STG) wurden von einem Arbeitskreis u. a. folgende Thesen zur Arbeitslosigkeit erarbeitet:

„... Solange die Wirtschaft in der BRD unter dem Zwang der Profitmaximierung steht, werden periodisch Überproduktionskrisen auftreten, die zwangsläufig zur Entlassung von Arbeitskräften führen ... Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit muß also sinnvollerweise ein doppelter sein:

Durchsetzung aller systemimmanent möglichen Reformen, die die (notwendigerweise zyklisch auftretende) Arbeitslosigkeit in Extensität und Intensität mildern und den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben garantieren; Kampf gegen das Wirt-[57]schafts- [und] Gesellschaftssystem, das permanent Arbeitslosigkeit hervorbringt, und Aufbau einer sozialistischen Bewegung.“⁶⁶ Die Dialektik von Demokratie und Sozialismus wird betont, wenn es heißt:

„Bei Verfolgung der sozialistischen Perspektive muß die Notwendigkeit von Reformen beachtet werden, um überhaupt kämpfen zu können, muß man zu fressen haben ...“ Als Alternative zur Arbeitslosigkeit wird „produktive, nicht entfremdete Arbeit“ gesetzt.⁶⁷

Arbeit und Arbeitslosigkeit war ebenfalls Schwerpunkt der 1. DV der AGG vom 5./8.7.1979.⁶⁸

Seit den Maßnahmen zur „Verteidigung von Freiheit und Demokratie“ (Grundsätze über die Einstellung von „Extremisten“ in den öffentlichen Dienst 1972) im Bereich des Straf- und Strafverfahrensrechtes beschäftigen sich die katholischen STG intensiv mit den restriktiven

⁶⁵ Perspektiven in der Arbeit der Studenten- und Hochschulgemeinden. Beschluß der 4. Delegiertenversammlung der AGG vom 5./8.2.1981, Bonn 1981, S. 4.

⁶⁶ Thesen zum Arbeitskreis 3 (Krisenerscheinungen in der BRD oder Wie gut geht's uns eigentlich?) der 6. DV der AGG vom 10./13.2.1977 in Stuttgart.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Die einzelnen AG hatten folgende Konzeption: Kirche als Arbeitgeber, Frauenarbeit, Frauenarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit in der 3. Welt und die internationale Arbeitsteilung; Arbeitslosigkeit – eine akademische Berufsperspektive?, Arbeitslosigkeit von Berufsgruppen. Vgl. INFO 3/79, S. 48 ff.

Tendenzen in der BRD.⁶⁹ Die AGG forderte 1979 in diesem Zusammenhang, daß „... die Regelanfrage beim Verfassungsschutz als Bestandteil des Einstellungsverfahrens im öffentlichen Dienst abgeschafft wird, daß Aktivitäten der Verfassungsschutzämter, die darauf abzielen, daß diese Behörden sich zum Richter über politisches Wohlverhalten aufspielen, uneingeschränkt eingestellt werden, und der Verfassungsschutz insgesamt einer stärkeren demokratisch-parlamentarischen Kontrolle unterworfen wird.“⁷⁰

[58] Weiter wird ausgeführt, daß die Hochschulen und Studenten besonders betroffen seien; „... die sogenannten systemfeindlichen Intellektuellen“, deren befürchteter Zugriff auf die einflußreichen Positionen in Staat und Gesellschaft verhindert werden soll, sind die eigentlichen Adressaten des Extremistenbeschlusses, wenn auch andere Berufsbereiche bisher von nicht weniger wirksamen politischen Sanktionen betroffen sind.“⁷¹ Die Kritik richtet sich gegen die durch den „Extremistenbeschuß“ begründete „Demontage demokratischer Rechte“.⁷² Er müsse als Versuch verstanden werden, „die bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Ebene der Verfassung zu verankern ... Das durchaus mit dem Grundgesetz zu vereinbarende Eintreten für sozialistische Zielsetzungen soll damit illegalisiert werden.“⁷³

Im Verhältnis zur Position des ZdK zeigen sich also auch hier grundlegende politische Differenzen. In der ZdK-Erklärung heißt es: „Das ZdK heißt die Feststellung aus der Vereinbarung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder von 1972 für gut, nach der u. a. die Mitgliedschaft eines Beamten in einer Organisation, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, in der Regel Zweifel daran begründet, ob der Beamte jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird ..., daß diese Behörden (des Verfassungsschutzes) als legitimes Instrument einer wehrhaften Demokratie auch in vielfältiger Weise nützliche Arbeit bei der Abwehr von verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Kräften leisten ...“⁷⁴

Die AGG kritisiert die „generelle Absage an alle Versuche, in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion auf eine Liberalisierung der Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst hinzuwirken bzw. den rechtlichen und politischen Spielraum [59] in allen Ermessensentscheidungen zugunsten der Bewerber für den öffentlichen Dienst anzuwenden“.⁷⁵ Dabei werden die Feststellungen und Forderungen des ZdK weder politisch noch verfassungsrechtlich eigenständig begründet. Es werde „die Verpflichtung der Beamten zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften unter Berufung auf Sicherheitsansprüche des Bürgers hochstilisiert zu einer Identifizierung ‚mit der Wertordnung der Verfassung‘, deren inhaltliche Ausfüllung völlig offen bleibt“.⁷⁶ In diesem Zusammenhang werde der Praxis der Gesinnungsschnüffelei neuer Vorschub geleistet.⁷⁷ Folgen dieser politischen Praxis besonders für die Hochschulen seien „ein Klima der Unsicherheit und Angst im Hinblick auf die eigene Berufsperspektive“.⁷⁸

⁶⁹ Beispiele sind Resolutionen gegen die Berufsverbote, die die DV in Aachen 1975 und Hamburg 1976 verabschiedeten; vgl. dazu auch INFO 1/77, S. 34.

⁷⁰ Stellungnahme zur Diskussion über die „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“. Beschluß der Delegiertenversammlung der AGG 1979 in Berchtesgaden, INFO 4/79, S. 21.

⁷¹ Ebenda, S. 15.

⁷² Ebenda, S. 16.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ ZdK-Erklärung vom 2.1.1979 „Über die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst.“ Zit. nach INFO 4/79, S. 22 ff.

⁷⁵ Stellungnahme zur Diskussion über die „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“. Beschluß der AGG-DV 1979 in Berchtesgaden, in: INFO 4/79, S. 20.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda, S. 21.

⁷⁸ Ebenda. Weiter heißt es: „Schon die Teilnahme an einer Demonstration, die Unterschrift bei einer Soliaktion und das Verfassen kritischer Thesen und Arbeitspapiere werden in zunehmendem Maße unterlassen aus der

In Hinblick auf die politische Disziplinierung an den Universitäten wird in verschiedenen Debatten und Resolutionen der STG die Befürchtung deutlich, „daß sich in der BRD kritiklose Anpassung und Duckmäusertum immer weiter ausbreiten, daß jenseits der Positionen der Bundestagsparteien gezielt eine Grauzone der Illegalität geschaffen wird und die Gefahr der Kriminalisierung der politischen Auseinandersetzung besteht“. ⁷⁹ Es bestehe eine Tendenz, „den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand festzuschreiben und zu seiner eigenen Norm zu machen“. ⁸⁰ Die politische Landschaft werde in zwei Lager geteilt, in die „Demokraten“ als „Hüter der Ordnung“ und die „Linken“ als Sympathisanten des Terrorismus. ⁸¹ Wer politische Grundrechte aktiv in Anspruch nehme, müßte mit beruflichen und rechtlichen Konsequenzen rechnen“. ⁸² [60] Unter der Überschrift „Terrorismusbekämpfung“ hätten „Rechtseinschränkungen für Beschuldigte und Verteidiger unabhängig von den ‚Terroristenprozessen‘ zu einem Abbau der Demokratie geführt“. ⁸³

Die AGG fordert „die Einstellung aller diskriminierenden Überwachungspraktiken des Bundesgrenzschutzes und die Vernichtung aller ... erstellten Aufzeichnungen und gesammelten Daten“ und die Streichung der DFG/VK u. a. pazifistischer Organisationen aus dem Verfassungsschutzbericht. ⁸⁴

In Zusammenhang mit der Durchführung eines dritten „Russel-Tribunals“ gegen die Repression in der BRD, welches von der AGG als „zweifelsfrei legales Unternehmen“ charakterisiert wurde, wandte sich die Delegiertenversammlung gegen eine Studie des Bundesinnenministeriums, in der mögliche Maßnahmen gegen die Aktivitäten des Russell-Tribunals, mit der die „rechte staatliche demokratische Ordnung der BRD verleumdet werden würde“, verankert wurden. ⁸⁵

Befürchtung, die eigene künftige berufliche Tätigkeit dadurch zu gefährden“. Ebenda. Vgl. Stellungnahmen und Diskussionen in INFO 5/76, S. 6 f., 2/77, S. 43 f., 6/77, S. 7.

⁷⁹ Stellungnahme gegen zunehmende Kriminalisierung von politischen Meinungsäußerungen. Beschluß der DV der AGG, München, 9./12. 2. 1978, in: INFO 2/78, S. 20.

⁸⁰ Ebenda, S. 21.

⁸¹ Ebenda, S. 22.

⁸² Ebenda, S. 23.

⁸³ Ebenda, S. 21.

⁸⁴ Stellungnahme gegen Erfassung „linksextremistischer“ Literatur und Organisationszugehörigkeit durch den BGS und VS. Beschluß der AGG-DV vom 13./16.7.1978 in Fulda, Heft 5/78, S. 24.

⁸⁵ Stellungnahme gegen die Studie des Bundesinnenministers über mögliche Maßnahmen gegen die Aktivitäten des Russell-Tribunals, in: INFO 2/78, S. 25.

4. Der Konflikt ohne Ende die Studentengemeinden und die Kirchenleitungen

Diese Entwicklungen in den Studentengemeinden wurden von den Bischöfen äußerst kritisch reflektiert. Sie führten schließlich zu harten Auseinandersetzungen um die politische und organisatorische Arbeit der AGG. Schon als die DBK 1978 die Satzung der AGG genehmigte, drohte sie mit Maßnahmen, falls „die AGG nicht stärker als bisher ihrem Auftrag gerecht [61] wird“.¹ Weiter hieß es, zur Zurücknahme der bischöflichen Genehmigung könnten auch Gründe führen, die nicht in der Verantwortlichkeit der AGG lägen (Situation in den Gemeinden, allgemeine Hochschulsituation), sofern sie „eine grundsätzliche Neuorientierung der Hochschulpastoral erforderlich machten“.²

1981 besuchte Bischof Wetter, Vorsitzender der Kommission Wissenschaft und Kultur der DBK, die Delegiertenversammlung der AGG in Altenberg (Verabschiedung des Orientierungsrahmens der AGG). Kurz danach wurde eine der AGG namentlich nicht bekannte Arbeitsgruppe der DBK berufen, um die Arbeit der Studentengemeinden zu untersuchen. Zwischenzeitlich erschienen Hetzkommentare in der Deutschen Tagespost, in der Allgemeinen Sonntagszeitung, in der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA). Trotz wiederholter Versuche der AGG, mit den Bischöfen in einen sachlichen Dialog zu treten, scheuten jene eine öffentliche Stellungnahme zu ihren Positionen, die eine Änderung in Struktur und Arbeitsweise der AGG erzwingen sollten.

Im Oktober 1981 wurde der Sprechergruppe der AGG unterbreitet, daß auf der Grundlage des bischöflichen Gutachtens ein neues Konzept von Hochschulpastoral entwickelt werden solle, dem sich die AGG unterzuordnen hätte. Kritik übte die DBK am demokratischen Gemeindeverständnis, an der Einseitigkeit von Stellungnahmen, an Veröffentlichungen und am theologischen Bildungsangebot, der mangelnden Unterstützung aller Gemeinden. Die Intentionen der Bischöfe zielten auf eine Aufwertung der Position von Studentenfarrern in den AGG-Gremien, die Änderung der personellen und inhaltlichen Entscheidungskompetenz des Vermögensvereins der AGG sowie auf die Ablehnung der (hauptamtlichen) Referentenstellen, sie stellten immerhin Koordinationspunkte politischer Arbeit dar.

[62] Direkter Reglementierung waren die (politisch sehr aktiven) Studentengemeinden Bonn und Mainz ausgesetzt. Im Sommer 1982 wurden die langjährigen Studentenfarrer in Bonn Martin Huthmann und Paul July abgelöst und durch (später zurückgetretene) linientreue Geistliche ersetzt. Sie sollten im Auftrag der Kölner Bistumsleitung ein neues Konzept der Hochschuleelsorge durchsetzen und die Entpolitisierung der Gemeinde einleiten. Jedoch brachte dieses Bemühen kein Ergebnis. Die Gemeinderatswahl der STG im Februar 1983, an der 1.700 katholische Studenten teilnahmen, bestätigte eindeutig deren Willen zur Fortsetzung des politischen Kurses. Wiedergewählt wurden jene Kandidaten der Gemeindeleitung, die in ihrem 24-Punkte-Arbeitsprogramm u. a. festschrieben:

„Der Friede – im Evangelium verheißen ist für uns politischer Auftrag. Wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung ... Als Gemeinschaft sozial und politisch engagierter Christen treten wir ein für neue Formen des Gottesdienstes ... Wir stehen ein für die weitere Mitarbeit in der AGG und der IKvu ...“³ Diese Kampfansage der Bonner Studenten an die Kölner Amtsleitung wurde mit der „Schließung“ der STG Bonn (März '83) beantwortet.

¹ Beschluß des Ständigen Rates der DBK bezüglich der AGG vom 6.1.1978, in: INFO 1/82, S. 111 ff.

² Ebenda.

³ Zitiert nach Monika Engels: Splitter im Auge. Der Streit zwischen Amtskirche und ihren Studenten. ie Zeit (Hamburg) vom 9.8.1983.

Allerdings führten die Studenten trotzdem ihre Arbeit fort. Im „illegalen Sommerprogramm“ arbeiteten 28 Arbeitskreise. Der zuständige Bischof begründete seine Entscheidung u. a. mit den Argumenten,

- die Hochschulgemeinde feiere die Liturgie nicht nach der in der katholischen Kirche geltenden Ordnung, es werde willkürlich Eucharistie gefeiert;
- man könne die herrschenden politischen Auffassungen nicht teilen; es sei unerhört, daß ein Studentenpfarrer behauptet habe, die Bundeswehr bereite einen Angriffskrieg vor;
- die Wahlen verliefen unrechtmäßig;
- die Verbindung von Pastoral und Politik würde durch den Pfarrer kritisiert, er solle hingegen „als Zeuge der künftigen Welt eine gewisse Distanz zu jedem politischen Amt oder Einsatz wahren ...“⁴

[63] Auch in der Studentengemeinde Mainz wurde der Pfarrer gezwungen, sein Amt zu verlassen. In der Geschäftsstelle der AGG wurden durch die Bischöfe wichtige Referentenstellen (stellv. Vorsitzender, Projektbereich 3. Welt) gestrichen und der von der DV gewählte Referent für theologische Bildung und Gemeindeaktivierung wurde abgelehnt. In Auseinandersetzungen um die Satzung erreichten die Bischöfe eine stärkere Anbindung der Gemeindegarbeit an die Amtskirche (Diskussion um die Sprechergruppe, an deren Stelle schließlich das Dreierkollegium trat; Bildung einer ständigen Kommission von Vertretern der DBK und AGG; Bestätigung der Referenten durch die DBK, Streichung von Referentenstellen; größere Wirkungsmöglichkeiten der Studentenpfarrers.

Die AGG muß auch weiterhin damit rechnen, an ihrer Arbeit, insbesondere an deren politischer Ausrichtung, empfindlich gehindert zu werden. Letztendlich ist auch, das hat die Geschichte der katholischen Studentengemeinden der BRD bereits gezeigt, mit einem gänzlichen Verbot zu rechnen. Diese Tatsache zeigt andererseits die große Kluft, die sich zwischen den jungen Katholiken und ihrer Kirche aufgetan hat. Die Seminarplanung der Jahre 1983 und 1984 belegt aber auch, daß die Studenten bewußt an ihrem progressiven Kurs festhalten werden. Ihre Arbeit kann man zwar behindern, Personen kann man entlassen. Die katholische Jugend, und das zeigte sich auch im größten Dachverband der katholischen Jugend der BRD, dem BDKJ, bekennt sich heute zu Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt und gleichzeitig zu einer Kirche, die antritt, diese Ziele zu verwirklichen. Das ist jedoch nicht die gegenwärtige katholische Amtskirche der BRD.

⁴ Kardinal Joseph Höffner: Die apostolische Sendung der Katholischen Studentengemeinden, in: INFO 1/82, S. 119 ff.